

# Breslauer



# Beitung.

N° 312. Sonntag den 10. November

1850.

## Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Hamburg, 8. November. Berlin-Hamburger varierte 80,  
84, 83. Köln-Winden 83, 87, 86.

Getreide, Kaffee, Zink stille. Del loco 23 1/4, p. Mai  
22 1/2 Gld.

Stettin, 8. November. Roggen 32 1/2, p. Frühjahr 37 1/2  
Gld. Rüböl loco p. November 10 1/2 bez. und Gld.

Spiritus 22, p. Frühjahr 21 1/2 Gld.

Frankfurt a. M., 7. November. Nordbahn 39.  
Wien 98.

Stuttgart, 6. November. Die Landesversammlung hat den Antrag der Regierung zur Bewilligung von Münsingkosten verworfen. Sie wurde in Folge dieses Beschlusses sofort aufgelöst, das vorjährige Wahlgesetz aufgehoben und der alständische Ausschuss wieder eingeführt. Trotzdem das Ministerium dagegen protestierte, schritt die Landesversammlung zur Wahl ihres Ausschusses.

Paris, 6. November. Der englische Gesandte Lord Normanby verläßt Paris, da er zum Gouverneur von Calcutta ernannt ist. — Lahitte ist im Norddepartement mit 50,000 Stimmen gewählt. In einem Artikel des "Abend-Moniteur" wird Chancierier angegriffen.

Sämtliche Generale, auch Chancierier, dienten im Elsässer Staatsrathe wurde das, von der Regierung vorgelegte Mairegesetz, in seinem ersten Theile angenommen. — Der Präsident der Republik hat seine Botschaft an die Kammer vollendet und dieselbe bereits dem Ministerium vorgelegt. — Einem Gerüchte nach hat Portugal für seine Differenzen Spaniens Vermitlung nachgesucht.

3% 57, 50. 5% 92, 75.

Amsterdam, 6. November. Integrale 56<sup>2</sup>/<sub>4</sub>. Spanische inländische Schuld 33<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 2 1/2% Metalliques 39<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. 4 1/2% Metalliques 75. 5% neue Metalliques 79<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Russische 4% Hopf (1840) 86<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Russische 4% Dölgationen (Stiegels und Comp.) 86<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Neue russische Unsel 94<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Raps p. November 59. Rüböl p. November 35 1/8, p. Frühjahr 35<sup>1</sup>/<sub>8</sub>. Roggen preishaltend.

## Über sich.

Breslau, 9. November. Die englische Regierung soll eine energische Note an Russland gesendet haben, in der sie einen Protest gegen die Eroberung der galizisch-ungarischen Grenze durch die Russen erhebt. Österreich, welches sich auf diese Hilfe Russlands, im Falle eines Krieges mit Preußen sehr gefügt hat, scheint nun von einer verschämteren Stimmung zu sein, und ebenso ist die neuzeitliche Beleidigung Seitens Russlands an den bayerischen Kommandirenden in Kurhessen: nicht ohne Noth Feindbegleitungen zu beginnen — nun verständlich.

Um dem Petersburger Hofe die nötigen Erklärungen in Betracht der neuen preußischen Maßregeln zu geben, wird ein Flügeladjutant Sr. Majestät nach Petersburg gesendet werden. Hr. v. Radow wird vorläufig nicht dahin abgehen, sondern vielleicht das auswärtige Ministerium übernehmen; da Gr. Bernstorff stark ist, und wahrscheinlich die Übernahme dieses Portefeuilles ablehnen wird.

Über die Frage: ob Krieg oder Frieden bevorstehen, enthält unsere heutige Berliner "Korrespondenz" einige beachtenswerte Bemerkungen.

Die Rüstungen und Mobilmachungen gehen in allen Theilen der preußischen Monarchie mit großem Eifer vor sich. Der Prinz von Preußen wird den Oberbefehl über das gesammte preußische Heer führen, ihm zur Seite steht der General v. Prittwitz. In Berlin sind der Regierung schon nimbige Summen als freiwillige Beiträge angeboten worden. Auch findet daselbst ein großer Andrang von jungen Leuten zur Aufnahme in die Landwehr statt.

Aus dem bayerischen und preußischen Lager in Kurhessen erfahren wir von den Unterhandlungen, die zwischen dem preußischen und dem bayerischen kommandirenden General stattgefunden haben.

General v. d. Großen beobachtet die grösste Nachsicht und stellte die

bestehenden Unfälle, welche der Fürst Taxis mit Nebermuth zu-

rückwies. Aus Allem scheint hervorzugehen, daß die Preußen sich

durch gezogen haben, während die Bayern im Vorrücke be-

griffen sind. Feindseligkeiten scheinen jedoch auch die Bayern noch ver-

meiden zu wollen, augenscheinlich in der Absicht, um erst die heran-

rückenden Österreicher und Würtemberger abzuwenden, um dann

die Preußen mit Nebermuth zur Räumung von Kurhessen zu zwingen.

Wir bereits gestern gemeldet, sind auch schon württembergische Corps

an der Mainlinie und Österreicher an der loburgischen Grenze ange-

langt. Letztere scheinen die Absicht zu haben, das preußische Corps

unter General v. d. Großen in seiner linken Flanke anzugreifen.

Auf den kurfürstlichen feindlichen Truppen wird noch ein

besonderes Corps bei Kreuznach (unter General Strotho) und

eins bei Frankfurt a. M. auf Nassauischen Gebiet zusammengezo-

n. Man hört, daß sich das in Baden stehende preußische Corps

trifft nach Kreuznach, thella nach Weil am Rhein zu den großen Konzen-

zweigen zwischen Württemberg, Vorarlberg und Rheinbaben, im

Kriegesfall zu weit vorgeschoben ist und in den Rücken abgeschnitten wer-

den könnte. Unterdessen rücken schon die Bader selbst gegen Vorarlberg zu. Sollte dies geschehen, um einen Einrücken der Österreicher

in Baden entgegenzutreten?

Die österreichischen Truppenzüge, welche sich in grösster Eile

durch Bayern bewegen, sind so stark, daß sie jeden Waaren-Transport

auf den Eisenbahnen hemmen. — Trotzdem, daß Bayern schon eine be-

deutende Macht auf den Beinen hat, rüstet es noch fortwährend. Ge-

genwärtig sucht es in Augsburg nach Geld. Ist dies vergebens, so

dürfte es mit seinen weiteren Rüstungen in Verlegenheit gerathen.

Auch das Königreich Sachsen macht, nach einer neuen Orde-

re, seine ganze Armee mobil und zwar in grösster Eile. Der Minister

Beust hat in der ersten Kammer zu Dresden diese Rüstungen zu

rechtschaffen verfügt. Man sieht daraus, daß man den Plan seihalt,

Preußen auf das Vollständigste zu demütigen; der Bundestag soll um

den Preis aufrecht erhalten werden. Es soll auch ferner die Verab-

redung existieren, daß, wenn sich Sympathien im sächsischen Heere

für Preußen zeigen sollten (wie dies festzustellen scheint), der

König von Sachsen sich nach der Festung Königstein zurückziehen,

die sächsische Armee aber nach Böhmen beordert werden sollte. Dafür würden österreichische Truppen in Sachsen eindringen.

Die Berliner ministerielle C. C. meint: daß sich bedeutende österreichische Streitkräfte der böhmisch-schlesischen Grenze nähern. So wird unter andern bei Gitschin ein Armeecorps von 60,000 Mann zusammengezogen. Sonntag den 10. November wird bereits eine Kompanie des sterreichischen Infanterie-Regiments Piret in Trautnau (hört an der schlesischen Grenze) eindringen. (S. das Nähr unter Österreich.)

In Württemberg ist der Konflikt zwischen der Regierung und der Landessvertretung eingetreten. Die Landesversammlung hat nämlich den Antrag der Regierung zur Bewilligung der Rüstungskosten verworfen. Die Landesversammlung wurde hierauf sofort aufgelöst, das Wahlgesetz aufgehoben und der alständige Ausschuss wieder ein geführt. Die Landesversammlung hat sich durch diese Schritte der Regierung und durch einen von den Ministern erhobenen Protest nicht beirren lassen, sondern ist ohne Weiteres zur Wahl ihres Ausschusses geschritten.

In Hannover ist der Major v. Manteuffel mit einem Schreiben des Königs von Preußen eingetroffen, worauf der hannoversche König eine lange Konferenz mit seinen Ministern hielt. (Die Berliner ministerielle "Reform" hofft auf einen engeren Anschluß Hannovers an Preußen.) Reg.-Rath v. Hammerstein ist wirklich nach Frankfurt a. M. abgereist, wie es heißt, um dort die Vollmacht als Bundes-Kommissar für Schleswig-Holstein in Empfang zu nehmen. — Die Abreise des hannoverschen Gesandten aus Wien (v. Platen) wird man dahin auslegen, daß sich Hannover von dem österreichischen Einfluß frei machen wolle. — Das hannoversche Heer beträgt im Friedensfalle über 25,000 Mann.

Unter Hannovertheilen wird der Wortlaut des von dem Bundesklub in Frankfurt gegen Schleswig-Holstein erlassenen "Inhibitorium" mit. Der Inhalt ist im Wesentlichen bekannt: sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, Zurückziehung der Truppen bis über die Eider und Reduktion des Heeres.

General Willisen antwortet auf dieses "Inhibitorium" mit täglich Vorpostengefechten, und dadurch, daß auch nicht ein Mann seinen Fuß rückwärts gesetzt hat.

## Breslau, 9. November.

Die durch die Politik des 2. November hervorgerufene Erregung der öffentlichen Meinung fängt nunmehr an, in allen Organen der Presse sich auszuspiegeln. Wir haben von der Auffassung der allgemeinen Stimmung, welche wir in unserm gestrigen Leitartikel gaben, nichts zurückzunehmen. Alle unabhängigen Blätter bestätigen es, daß das preußische Volk, weit entfernt, sich von einem sinnlosen kriegerischen Rausche umgeben zu lassen und an dem Waffengetöse kindisch sich zu ergötzen, ohne zu fragen, wie und wofür gestritten werden soll, gerade die Abwachung des dunklen Fleckens jenes Unglücksstages von Preußens Wappenschild stürmisch verlangt, daß es einen um solchen Preis erkauften Frieden verschmäht und einen Krieg im Geiste jenes Tages für undenkbar hält.

Das Organ der Regierung führt fort, in einem Schwung von gewohnten Phrasen mit „patriotischer Begeisterung“, „Wahrung der Ehre“, „Vertrauen“ und wieder Vertrauen um sich zu werben, ohne auch nur auf eine einzige der brennenden Fragen eine Antwort anzudeuten, ohne uns auch abhören zu lassen, wie weit die Regierung auch nach der Mobilmachung für den Frieden nachzugeben, wenn und wofür sie eventuell den Krieg zu beginnen gedacht. Und für eine so neblige, so ganz unfaßbare Politik, für so schwankende, so ganz unverstehbare Charaktere fordert sie auch heute wieder — Vertrauen. Während alle Welt mit banger Erwartung hinausblickt zu den Männern, welche den Thron umgeben, um aus ihren Blicken die Entscheidung über Preußens fernere Existenz zu lesen, weiß sie der allgemeine Spannung keine andere Antwort zu geben, als eine väterliche Ermahnung zum Vertrauen in ihre Patrone, und würde triumphieren, könnte sie die weitgeöffneten Gemüther nur mit dem Glauben an die Unfehlbarkeit Manteuffelscher Staatsweisheit wieder erfüllen.

„Das preußische Volk“ — sagt die „Deutsche Reform“ — „hat viel gethan, wenn es seine thuersten Güter auf den Altar des Vaterlandes darbringt, wenn es seine besten Kräfte demselben zur Verfügung stellt. Allein es muß mehr thun: es muß mit vollem Vertrauen Denen entgegenkommen, welche berufen sind, diese Kräfte zu leiten, und deren Vergangenheit die Bürgschaft giebt, daß sie durch Muth und Patriotismus befähigt sind, auch den Gefahren der nächsten Zukunft die Stirn zu bieten.“

Und das schreibt dieses ministerielle Blatt nach der Botschaft des Januar, nach den Tagen von Erfurt, nach dem 15. Oktober, das schreibt es nach der Konferenz zu Warschau und sogar noch nach dem 2. November. Vertrauen? Welcher denn von den einzelnen schwankenden Persönlichkeiten unseres Kabinetts, die sich wechselseitig in ihren Bemühungen durchkreuzen und neutralisieren? Wer ist denn eigentlich berufen, die herzlichen Kräfte unserer Nation zu leiten? Ist es v. Manteuffel, der sie in den sicheren Hafen der heiligen Allianz vor allen Stürmen bergen will, oder ist es v. d. Heydt und Ladenberg, die das nicht so ganz wollen, ohne daß man wüßte, was sie so eigentlich wollen?

Ein Regierungsblatt in der Lage der „Deutschen Reform“ müßte wenigstens den Takt haben zu schwingen. Aber mutwillig die Vergangenheit zum Bürgen aufzufrischen in einem Augenblick, wie dieser, und aus dieser Vergangenheit die Forderung neuen Vertrauens herleiten für Männer, deren Schwankungen schon nicht mehr nach Monden, sondern nach Tagen zählen, und das Alles ohne ein Wörtchen des Aufschlusses über die neueste ihrer Schwankungen, das ist eine Dreistigkeit, die sich selbst überflügeln.

Wir müssen das Vergessen der Vergangenheit gradezu unmöglich halten, so lange nicht Garantien für die Zukunft gegeben werden, und es wäre sicher ein dankbares Geschäft für die „Deutsche Reform“, dem erneuten Vertrauen in ihre Gönner durch eine offene Desavouirung der jedes Vertrauen in die jetzt herrschende Politik untergraubenden Haltung der Kreuz-Zeitung zunächst wieder Bahn zu brechen.

So zuversichtlich, wie dieses Blatt die Politik des 2. Novem-

ber als das unabänderliche Resultat der freien, bessern, wie mög-

ten sagen, reuevollen Ueberzeugung der jehigen Minister, ohne Rücksicht auf Krieg und Frieden, darstellt, dürfte die ministerielle Presse ein Blatt von der Stellung der Kreuzzeitung nicht ohne entschiedenen Widerspruch sprechen lassen.

„Nicht die äußere Erscheinung“ — sagt dieses Blatt — „sondern die treibenden Kräfte, Motive und Endzwecke sind in der Politik wie überall das Wesentliche, und es gilt in der Politik fast noch in höherem Maße, als irgendwo anders, das alte Sprichwort: daß, wenn dasselbe von verschiedenen Personen geschieht, es darum nicht minder verschieden ist, als diese Personen selbst.“ Aus diesem Grunde ist es auch, soweit nicht eine brennende Feindseligkeit vorliegt, ein völliges Verkennen der gegenwärtigen Lage, wenn man selbst glaubt und Andere glauben machen will, daß man mit dem Beschuß, die preußische Armee mobil zu machen, auf das vor wenigen Tagen beseitigte politische System zurückgegangen sei, und daß deshalb nichts näher liege, als den Vertreter jener Politik wieder in das Kabinett zu berufen. Denn schweigen wir auch davon, daß von der Union, jener Kardinal-Bedingung und unvermeidlichen Idee des endlich überwundenen Systems, überall keine Rede mehr ist“ ic.

Und dann weiter soll der nummehrige Beschuß, die Armee mobil zu machen, den thathaften, unwiderleglichen Beweis liefern, daß es nicht Furcht oder Schwäche war, was die Majorität des Ministerrates abhielt, der Politik des jüngst abgetretenen Ministers zu folgen.“ Also prinzipiell, nicht im Drange des Noth, wurde am 2. November jene Demütigung Preußens beschlossen, werüber anfänglich das Herz des Herrn von Manteuffel gebrochen sein sollte? Sieht dieser Satz nicht der neulichen Behauptung der National-Zeitung: „die Mobilmachung erfolge nur, um durch Nachgiebigkeit unter den Waffen zu zeigen, daß die Nachgiebigkeit vom 2. November keine erwungene war“ — so ähnlich, wie ein Ei dem andern.

Und einer solchen Sprache des mehr und mehr offiziell sich gerenderten Blattes hört das erklärte offizielle Organ schweigend zu, welches doch sonst so geschwägig war, wenn es galt, die verbreß persönlichen Angriffe seines bisherigen Gegner abzuwehren?

Und während man so, hier thätig, dort durch Schweigen, dem schwärmenden Misstrauen in die Hände arbeitet, fordert man immer wieder blindes Vertrauen!

Antwortet Kar und unumwunden auf jene Institutionen Eurer aufdringlichen Freunde und dann wird das Land Euren Appell an sein Vertrauen beantworten!

■ Berlin, 8. Novbr. [Eine angebliche Note Palmerstons an Russland. — Sendung eines Flügel-Adjutanten an den Kaiser von Russland. — Sachsen.] Dem Vernehmen nach ist hier die Nachricht von einer energischen Note eingetroffen, die Lord Palmerston an das russische Kabinett in Folge der Zusage an Österreich, beim Ausbruch eines wirklichen Konflikts Ungarn und Galizien zur Deckung besetzen zu wollen, gerichtet hat, und worin gegen diesen Plan auf das Entscheidende protestiert und im Falle einer Nichtbeachtung dieses Protestes mit Gegenmaßregeln gedroht wird.

Man wird sich erinnern, daß schon im vorigen Jahre bei dem Einschreiten Russlands in Ungarn von einem ähnlichen Proteste Englands gesprochen wurde, und es hat daher alle Wahrscheinlichkeit für sich, daß man dieses Mal von Hause aus englischer Seite eine abermalige Befreiung österreichischer Landesteile durch Russland zu verhindern sucht. Die Wichtigkeit dieser Nachricht, falls sie noch ihre weitere Bestätigung erhält, ist leicht zu ermessen; man will ihr heute hier bereits eine verstöhnlichere Stimmung des österreichischen Kabinetts als Folge zuschreiben, und sieht auch in der vom hiesigen russischen Gesandten an den bayerischen Oberkommandanten in Kurhessen erlangten Warnung vor einer vorzeitigen Eröffnung der Feindseligkeiten eine Wirkung davon. — Der König sendet noch diesen Abend einen Flügel-Adjutanten an den Kaiser von Russland nach Petersburg, und der General Rochow wurde am 2. November diese Demütigung Preußens beschlossen, werüber anfänglich das Herz des Generals Rochow als Beleg meiner früheren Angabe gedeutet wird, wonach letzter das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anzunehmen nicht geneigt scheint, und für diesen Fall daselbst das Designat Bernstorff und dies Hierverbleiben des Generals Rochow als Beleg meiner früheren Angabe gedeutet wird, wonach letzter das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anzunehmen nicht geneigt scheint, und für diesen Fall daselbst das Designat Bernstorff und dies Hierverbleiben des Generals Rochow als Beleg meiner früheren Angabe gedeutet wird, wonach letzter das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anzunehmen nicht geneigt scheint, und für diesen Fall daselbst das Designat Bernstorff und dies Hierverbleiben des

nung, daß die Verhältnisse unserm sieblichenden Staatsmannen dermaßen über den Kopf wachsen, daß dessen Nichtigwahnsinn für die Situation auch an höchster Stelle endlich erkannt wird. Nur ein aus unzweifelhaft deutschen und konstitutionellen Elementen zusammengefügtes Kabinett wird im Stande sein, auch die alleschwersten Opfer und Anstrengungen von dem preußischen und dem antibundestäglich gesinnten Deutschland zu erlangen. Der Ton der österreichischen Blätter fährt fort, ein so durchaus feindseliger gegen Preußen zu sein, daß die Absicht immer mehr Raum gewinnt, Österreich mit den Krieg um jeden Preis. Allgemein erklärt man sich diese kriegerischen Glücks ans den verzweifelten Finanzen des Kaiserstaates. Auch in London fängt man an, die österreichische Politik aus diesem Umstande zu erklären. Großes Aufsehen macht es hier, daß sogar darin so sehr für Österreich schwärrende Times mit einem Male ganz andere Seiten aufspannt. Da Österreich seine Arme auf die Dauer nicht selbst unterhalten könne, heißt es in der Times, so nähere es vielleicht die Hoffnung, sie auf Kosten des übrigen Deutschlands leben zu lassen, und es sei ihm gleichgültig, daß wenn es einmal in einen Kampf mit seinem mächtigen Nebenbuhler verwickelt ist, ein neuer Staatsbankrott die unvermeidliche Folge sein werde. Die Hoffnung sei jedoch eitel, daß eine solche Aussicht Österreich zur Vernunft bringen könne. Die letzten Handlungen seiner Regierung gaben Zeugnis von einer unstillmöglichen Rücksichtslosigkeit und Verachtung aller Regeln der Klugheit und Mäßigung, die nur durch einen Druck von Außen überwunden werden können. Schließlich meint die Times, das Untergehen Österreichs und Preußens in jenem Kampfe würde nur wenig Bedauern erregen. — Es wird daran gesetzt, daß Graf Bernstorff unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Portefeuille des Außenfern übernehmen werde.

Der Gemeinderat hielte gestern Nachmittag seine ordentliche öffentliche Sitzung. Von besonderer Wichtigkeit war der vorliegende Vorgelegte Antrag des Magistrats zum **Aukauf von Pferden**. Beabs. der Mobilmachung der Armee, die Summe von **60,000 Thalern aus Kommunalfonds zu bewilligen**. Die Kommission bat vorläufig zur Mobilmachung der Landwehr der Armee und der Garde 850 zu gestellen, wovon für die Landwehr allein circa 600 Pferde in Auftrag zu bringen sind. Aus einem amtlichen Schreiben des Generals v. Wrangel an die Militär-Kommission geht hervor: daß dritte Armeecorps wird mit Ausnahme der Landwehr-Kavallerie in seiner ganzen Stärke mobil gemacht. Die Truppen, welche mobil gemacht sind, treten von dem Augenblick an, welchem sie aus der Garnison abrücken, auf den Feldzug. Sämtliche Festungen, für welche die Kriegssammlung nicht bereits beobachtet ist, werden unverzüglich armiert. Die Kriegsschule, die Reitkunst, die Artillerie und Ingenieurkunst, sowie sämtliche Divisionskavallerien werden unverzüglich ausgelöst. Berlin muss stell zu Landwehr-Infanterie 1. Aufgabe, incl. Garde, 2500, Landwehr-Kavallerie 400 Mann und zu der Landwehr-Artillerie, den Pionieren und Jägern circa 500 Mann. Von der Landwehr 2. Aufgabe werden in Berlin 2 Bataillone à 400 Mann mobil gemacht und werden demgemäß nach der Berliner Landwehr 2. Aufgabe 800 einberufen. — Der Gemeinderath erkannte die Dringlichkeit des Antrages einstimmig und ohne Debatte an, wie denn auch die Bewilligung der 60,000 Thlr. mit Einstimmigkeit erfolgte. Die Gemeinderatsordnete Seidel beantragte zur Regulierung der etwa eingehenden Reklamationen der Einberufenen sofort Vorlehrung zu treffen, wonach aber der anwesende Magistrats-Kommissarius Stadtstrat Kohl an den Gemeinderath erinnerte, daß bei den einberufenen Mannschaften des 1. Aufgabes in der Regel keine Reklamation berücksichtigt werden würde, da die Mannschaften schon früher bei den Kontroll-Verhandlungen darauf aufmerksam gemacht worden seien, daß die etwaigen Reklamationen vor der Einberufung eingereicht werden müßten. — Eine schon oftmals den Kommunalbehörden vorgelegte Angelegenheit, nämlich die **Aufbringung der Kosten des nicht einkassierten Militärs**, kam demnächst wiederum zur Sprache. Nachdem die Zahl der hier in Berlin garnisonierenden Truppen sich seit dem Jahre 1848 gegen früher ungemein vermehrt, reichten auch die von den Hauseigentümern für Deckung der Kosten für das nicht einkassierte Militär gezahlten Supplimentsbeiträge von  $\frac{3}{4}$  pro 1000 von den erhobenen Methodenbeiträgen nicht mehr. Man war der Meinung, daß eine so starke Garnison nicht als eine Garnison in Friedenszeiten zu betrachten sei, und wandten sich die Kommunalbehörden zu mehreren Malen an die statthabenden Behörden, um ganze oder teilweise Übernahmen dieser irrgewissen Rechtfestigkeiten. Der Minister des Innern hat dies jedoch mehrmals abgelehnt und namentlich geltend gemacht, daß die allgemeine Sicherheit der Stadt eine so starke Garnison erfordere und das dieselbe demgemäß als Friedensgarantie zu betrachten sei. Nicht destoweniger nehmen die Kommunalbehörden Anfang, die Mehrosten durch die Erhöhung der Supplimentsbeiträge von den Hauseigentümern einzuziehen und beschlossen, die Kosten per 1849 aus dem Stadtfädel zu betreiten und weiter entstehende Kosten vorläufig vorbehaltlos aus der Stadthauptkasse zu decken. Dies aber sollte hierüber ein definitiver Beschluss gefasst werden, da diese Mehrosten für das Jahr 1850 auf 25,000 Thlr. und für das Jahr 1851 auf 32,000 Thlr. veranschlagt waren und man, falls diese Kosten von den Hauseigentümern durch die Supplimentsbeiträge gedeckt werden sollen, diese von  $\frac{3}{4}$  auf  $\frac{7}{8}$  pro 1000 erhöhen müsse. Der Gemeinderath beschloß aber den Hauseigentümern nicht noch neue Kosten anzubürden, und diese Mehrosten aus dem allgemeinen Sädel der Stadt, aus der Stadthauptkasse zu betreuen. — Den Schlus der Sitzung bildete eine Beschlussschrift über die etwaige Belastung des Gemeinderathes bei dem Leidensbegängnis Gr. Excellenz des Hrn. Ministerpräsidenten Gr. v. Brandenburg. Auf doppelseitiges Verlangen wurde beschlossen, daß der Gemeinderath sich in einer solchen Kriegsschicht zu betreuen habe, wenn überhaupt hier in Berlin eine öffentliche Feindseligkeit entstanden sollte, da man Grund zu der Vermuthung hatte, daß die Abgangsschicht in einer Stunde nach seinem Gute gebracht werden würde und man noch erwarten müsse, ob Se. Majestät der König eine weitere Feindseligkeit befehlen werden. (Vor. 3.)

**Bermischte Nachrichten.** Den Oberbefehl über sämtliche preußische Operationstruppen wird dem Vernehmen nach Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen übertragen. Ihm zur Seite wird der General v. Prittwitz stehen. (D. Ref.)

Unserem Staatsministerium sollen bereits namhafte Männer bedeutende Summen als freiwillige Beiträge für die Unterhaltung unseres Heeres angeboten haben. (Span. 3.)

Die Einkleidung unserer Landwehr ist bereits im vollen Gang begriffen. Die Nachricht von den beschlossenen Kriegsräumungen verursachte gestern in der Stadt von vielen Seiten Jubel und allgemeine Begeisterung. Der Zudrang von jungen Leuten, welche ihre Einkleidung bei der Landwehr verlangten, war gestern in dem Landwehr-Bureau, Bahnhof Nr. 6, so groß, daß die vorhandenen Beamten die Andrangenden gar nicht zu befriedigen vermochten und der Andrang wächst mit jeder Stunde. Man erwartet, daß eine große Anzahl von Unteroffizieren der Landwehr sofort zu Offizieren befördert werden wird, da die bei der Landwehr angestellten zahlreichen Linien-Offiziere von ihren Truppenteilein sofort requirirt werden dürfen. Von der Begeisterung und Besorgniß, welche sonst allgemein bei einer Kriegserklärung einzutreten pflegt, berichtet man nur wenige Spuren. (Vor. 3.)

In den Büros des Kriegsministeriums herrschet jetzt eine große Aktivität. Die Beamten derselben waren gestern bis zum späten Abend anstrengend beschäftigt, um die in Folge des neusten Befehls der Mobilmachung unserer Armee nötigen Arbeiten so schnell als möglich zu fördern. Als eine Folge desselben heilen wir mit, daß die hiesige Kreis-Ersatz-Kommission vorgestern Abend noch den Befehl erhalten hat, sofort eine Aushebung derjenigen Militärschützen vorzunehmen, die bei der letzten Mustering vorläufig festgestellt sind, weil die Zahl der für Berlin zustellenden Mannschaften bereits erreicht war. Die Ausschreibung der Gesteckungs-Ortsteile zu diesem Termine hat bereits begonnen. Ebenso zirkulieren bei den Behörden in diesem Augenblick Listen, in welchen die Beamten vermerkt müssen, ob sie noch militärisch, event. bereit sind, vor kommenden Fällen als Intendantur-Beamte einzutreten. — Von dem General-Lieutenant v. d. Gröben hat heute im Laufe des Tages nur eine telegraphische Meldung eingegangen sein, dahin lautend, der Kommandeur der Koalitions-Truppen habe ihm vorgeschlagen, die beiderseitigen Börsen zurückzuziehen, da der Zustand des Krieges noch nicht eingetreten sei. General v. d. Gröben habe aber hierin eine

nicht annehmbaren feindlichen Vorschlag erblickt. Die Depesche soll im Ganzen etwas unverständlich gewesen sein. — Ueber den neuen Unterstaats-Sekretair im Ministerium des Auswärtigen, Herr v. le Coq, gehen uns neuerdings verschiedene Mittheilungen zu, welche ganz geeignet sind, die Indignation über seine Ernennung zu motiviren. — Wie bemerkten heute nur vorsichtig, daß Herr v. le Coq derselbe Gesandte war, unter dessen Amtsleitung es sich in Konstantinopel ereignete, daß ein deutscher Reisender gezwungen wurde, in der preußischen Kanzlei französisch zu sprechen, um einen Pas zu erlangen. Die Augs. Allg. Zeitung schilderte zur Zeit (1844) diesen Vorfall ausführlicher. Jetzt weiß ich nicht, wurde ich die (bis zum Stande unwiderrückte) Nachricht von dem Verfasser der „Briefe vom schwarzen Meer“ mitgetheilt. Die Sache verbliet sich folgendermaßen: Der Reisende bittet den Kanzler, ihm den Pas zu visieren, „Qu'est ce que vous voulez?“ fragt der Kanzler (Hr. Testa) in französischer Sprache. — Ich wünschte meinen Pas nach X. viest zu haben. — „Mais parlez donc en français!“ — In den preußischen Kanzlei wird man doch wohl deutsch verstehen! entgegnete der Reisende, worauf der Kanzler ärgerlich einschlägt: „Je vous dis: parlez en français! Je ne comprends pas votre f — — langue!“ (Const. 3.)

+ **Berlin**, 8. November. [Dem Konkubinate] soll durch die Kirche gesteuert werden. Der Erlas des Herrn Ministers v. Manteuffel Eccellen, dem zufolge nach Art. 8 unserer Verfassung-Lektüre ein auf die Trennung von Konkubinat gerichtetes Verfahren nicht zu rechtsgültig sein würde, weshalb auch die Polizei-Behörde im Wege der Gesetgebung hierzu nicht ermächtigt werden könnte, ist in öffentlichen Blättern manigfach besprochen worden und hat auch in Ihrem Blatte seiner Zeit die nötige Erwähnung gefunden. — Der Manteuffelsche Erlas hat nun bei dem evangelischen Ober-Kirchen-Rath die gegründete Besorgniß erregt, daß nachdem eine Störung des unstillmöglichen Verhältnisses im Konkubinate von den Staatsbehörden nicht mehr zu fürchten sei, die Sünde des Konkubinats in ihren unstillmöglichen Erscheinungen noch häufiger und schamloser als es bisher schon der Fall war, hervortreten werde. Dem nach Möglichkeit vorzubeugen, erachtet nun die oberste evangelische Kirchenbehörde als eine große Pflicht der Kirche, und der Ober-Kirchenrath hat nun zu diesem Zwecke mitzutunken, sämtliche Konfirmanden aufgefordert und ihnen aufgegeben, eine geeignete Ansprache an die evangelische Geistlichkeit zu richten und sie zu veranlassen, ihren Gemeinden die Heiligkeit und den Segen der Ehe nach Gottes Ordnung gegenüber der Sündhaftigkeit des Konkubinats und dem daraus folgenden Fluch auch in bürgerlicher Beziehung recht zum Bewußtsein zu bringen.

[Das Begräbnis des verewigten Minister-Präsidenten, Grafen von Brandenburg] wird morgen Sonnabend Vormittag um 11 Uhr, mit allen dem hohen Verlobten nach seinem Range gebührenden kriegerischen Ehren stattfinden. Der Zug wird von dem Trauerhause unter militärischer Begleitung nach dem Dom gehen, woselbst nach der gottesdienstlichen Feierlichkeit, in Gemässheit der allerhöchsten Bestimmung Sr. Majestät des Königs, der Sarg vorläufig in der königlichen Gruft beigesetzt werden soll. (Ref.)

Am 6. d. M. kamen hier 577 Personen an und reisten 429 ab. An gekommen: der f. t. österreichische Kabinets-Kourier Haveland von Wien. Abererst: der f. t. österreichische Kabinets-Kourier Steidl nach Wien.

Bis zum 6. Mittags waren als an der Cholera erkrankt gemeldet 1180; Zugang bis 7. Mittags; 2; Summa 1182. Davon sind geneigt: 462, geforben 707, in Behandlung geblieben 13. Unter den zulegend Gemeldeten 2 ist ein Todesfall.

[Auswärtiges] Von Hannover ist hier die Nachricht eingegangen, daß der Freiherr v. Hammerstein, welcher nach Frankfurt gefandt worden ist, um die Intrusionen des „Bundestags“ Behufs des in Holstein eingeziehenden Inhabitoriums einzuhören, doch zugleich Befehl erhalten hat, Verwahrung dagegen einzulegen, als verpflichtet sich Hannover im Falle des Misslingens der desfallsigen Verhandlungen an den militärischen Maßregeln des „Bundestags“ Theil zu nehmen.

Telegraphische Nachrichten aus Frankfurt melden, daß bedeutende österreichische und bayerische Streitkräfte, deren Spize über Bamberg hinausgeht, wie es scheint, in der Nähe von Frankfurt konzentriert werden sollen. (Reform.)

**Stettin**, 7. Nov. [Mobilmachung.] Gegen Abend gesangt der Befehl zur Mobilmachung des 2. Armeecorps an das höchste Generalkommando; bereits sind an die Bataillonskommandeure der Landwehr die erforderlichen Befehle abgegangen, ja die Wehrleute des stettiner Bataillons haben schon heute Mittag die Einführungsbörde empfangen. Ebenso sind Seitens der Regierung bereits die Verfugungen an die Landräthe, namentlich wegen Gestellung von Pferden, erlassen. Wie wenig man sich auch gerade in einer Handelsstadt, wie Stettin, die schweren Folgen eines Krieges vorstellt, so ist doch in allen Kreisen nur ein Gefühl über diese Wendung der Dinge her�end; es ist das der vollsten und sturzgrößten Zustimmung zu einem Beschluss, welcher die Ehe und die politische Stellung Preußens seinen übermächtigen Feinden gegenüber wahrt. Der Ruf des Königs zu den Waffen wird überall in unserer Provinz die bereite und freudige Folge finden und binnen wenigen Tagen wird die pommerische Landwehr gerüstet dastehen, um „mit Gott für den König und das Vaterland“ in den Kampf zu gehen.

[Bermischte Nachrichten.] Den Oberbefehl über sämtliche preußische Operationstruppen wird dem Vernehmen nach Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen übertragen. Ihm zur Seite wird der General v. Prittwitz stehen. (D. Ref.)

Stettin, 8. Nov. Wie man uns sagt, ist auch der Befehl ergangen, sämtliche Festungen zu arbeiten.

(Offiz. 3.)

**Magdeburg**, 7. November. [Mobilmachung.] Heute ist das 11. Husarenregiment, das aus dem Mecklenburgischen kommt und nach Thüringen/eventualiter nach Kurhessen geht, hier durchmarschiert. Nachdem vorgestern 2 Bataillone des 7. Regiments hier durchgegangen sind, ist gestern hier bei der Direktion der magdeburg-leipziger Eisenbahn der Befehl eingetroffen, alle disponiblen Wagen nach Halle abzugeben, mit Stellschweigen. — Seit gestern Abend sind die in den letzten Wochen eingestellten außerordentlichen militärischen Sicherheitsmaßregeln wiederum ins Leben getreten. Man glaubt, daß diese Anordnung mit Hinsicht auf die kürzlich in Mainz stattgehabten Soldatenauferseeren, denen man dadurch in unserer Stadt vorgebeugen hofft, getroffen werden. (Reform.)

**Frankfurt**, 6. November. [Die Preußen ziehen sich zurück.] Ueber die beiderseitigen Stellungen der in Kueckenhausen eingestellten preußischen und bayerischen Truppen ist außer dem, was die Zeitungen mittheilen, nichts Verborgenes bekannt. Jedoch laufen alle hier und in Hanau verbreiteten Privatnachrichten darauf hinaus, daß die Bayern im Vorruhe begriffen seien und die Preußen sich zurückzogen. In Hanau ging überwiegend das Gefühl, daß morgen noch mehrere Tausend Mann dort einzrücken werden. Die Abfertigung der Waffen ist heute in Bockenheim unter verschärfster Strafandrohung wiederholt abgefohlen worden. (Kön. 3.)

**Hanau**, 6. Nov. [Die bayerischen Truppen ziehen sich immer weiter nach Fulda hinauf.] Das Hauptquartier ist wieder vorgezogen worden, von Schleiden nach Kiley. Auf der Straße von hier nach Gelnhausen hat nicht ein einziger Ort Militär; alle, Rücken, Langenselbold, Rothensegen, Lieblos, sind verschont, und selbst in Gelnhausen befinden sich nur wenig Truppen. Dagegen sind alle Abtheilungen einige Stunden dieses Fulda konzentriert, so daß in der dortigen schwer heimgesuchten Gegend die Not so hoch gestiegen ist und die Landleute über den Druck klagen. Es ist bereits so weit gekommen, daß dem Vieh Stroh als Futter vorgeworfen wird. Zu einem Zusammentreffen der Preußen und Bayern ist es bis jetzt noch nicht gekommen, jedoch nehmen die letzteren noch immer eine abwehrende Stellung ein. (F. 3.)

**Gelnhausen**, 4. Novbr. [Außerste Nachgiebigkeit Seitens Preußen. Uebermut des Gegners.] Was in verschiedenen Blättern von Unterhandlungen erzählt wird, welche zwischen General Fürst v. Thurn und Taxis und General v. d. Großen gepflogen worden wären, bin ich in der Lage, Ihnen nach den glaubwürdigsten Mittheilungen als vollkommen unbegründet zu bezeichnen. Hier weiß man nur von einem Briefe des preußischen Generals an den Oberkommandanten des Bundescorps. In diesem soll neuerdings vertheilt werden, daß dem Einrücken der Preußen in Kueckenhausen keine feindlichen Absichten zu Grunde liegen. Preußen bezweckt damit sonst nichts, als die Sicherung seiner militärischen Verbindungswege mit den Rheinländern. Um diesen Zweck jedoch ganz vollkommen zu erreichen, erscheint es Preußen wünschenswert, daß es einen Theil des Kurfürstenthums ausschließlich besetzt und daß über diesen Punkt eine Verständigung mit dem Oberkommandanten des Bundesarmee-corps stattfinde. Diese Verständigung würde nach den Wünschen Preußens in der Weise zu erzielen sein, daß die Bundesarmee-corps statthaft ist, um die Kurhessen nicht einzufallen. Am Morgen wird die Regierung aber mit diesen Häusern nicht einig werden, so wird es natürlich auch nichts mit einem Eifer fortgesetzt, daß eine gewisse Aengstlichkeit unverkennbar ist, obwohl die „N. M. 3.“ gewöhnlich eine hochtrabende Sprache führt. Nicht nur 1 Bataillon Artillerie, sondern auch 4 neue Jäger-Bataillone will unser Kriegsminister, Hr. v. Lützow, errichten. Das Geld hierzu sollen einige Augsburger Bankhäuser vorschicken. Kann die Regierung aber mit diesen Häusern nicht einig werden, so wird es natürlich auch nichts mit der Errichtung neuer Bataillone.

**München**, 5. Novbr. [Die Truppenzüge vom österreichischen Armeekorps in Vorarlberg, d. h. von Kaufbeuren bis Bamberg haben alle disponiblen Wagen auf der ganzen Strecke der Eisenbahn der Art in Anspruch genommen, daß gestern und heute kein Güterzug mehr hier eintraf und auch keiner abgeführt werden darf.] (M. Hess. 3.)

**Mainz**, 5. November, Abends. [Erbitterung zwischen Österreichern und Preußen.] So eben ziehen wieder sehr starke Patrouillen aus Österreichern und Preußen bestehend, durch die Straßen. Die Erbitterung zwischen den Soldaten bei den Truppenkörpern ist groß. Gestern Abend vorgefallen Straßenkampf zwischen denselben entbrannte an verschiedenen Orten und wurde mit allen Waffen geführt. Ein Arbeiter wurde verletzt, wodurch er verwundet, von den verwundeten Soldaten, deren einer der Kopf gespalten wurde, sollen bereits mehrere gestorben sein. Gegen heute sind solche Vorlehrungen getroffen, daß keine Wiederholung der blutigen Scenen zu befürchten ist. (F. 3.)

**München**, 5. Novbr. [Die Truppenzüge vom österreichischen Armeekorps in Vorarlberg, d. h. von Kaufbeuren bis Bamberg haben alle disponiblen Wagen auf der ganzen Strecke der Eisenbahn der Art in Anspruch genommen, daß gestern und heute kein Güterzug mehr hier eintraf und auch keiner abgeführt werden darf.] (M. Hess. 3.)

**Dresden**, 7. Novbr. [Die Rüstungen werden fortgesetzt. — Kammervorhandlungen.] In Folge der neuzeitlichen Nachrichten aus Berlin werden die bereits abgestellten Rüstungen wieder fortgesetzt. Kein Mann wird mehr entlassen. Die bereits Entlassenen erhalten Contreordre.

— Die erste Kammer sah heute zahlreiche Gäste. Sogar die Diplomat-Tribüne war gefüllt, darunter auch Frau v. Beust, die es stets vorzieht, in der Diplomat-Lodge statt auf der Damen-Tribüne zu erscheinen, und deren Anwesenheit dann jedesmal eine große Rede ihres Herrn Gemahls anzeigt. Am Ministerium befinden sich die Staatsminister Dr. Schimdtzky, v. Beust, v. Friesen und Rabenhofst. Nach Vortrag der Regierung kündigte denn auch der Präsident an, daß die neulich in Aussicht gestellte Wiedereinführung über die angeordneten Kriegsrüstungen sofort und zwar in öffentlicher Sitzung erfolgen werde. — Staatsminister v. Beust: Nach nochmaliger Erwähnung habe die Regierung sich entschlossen, die neulich zugesagte Mitteilung in öffentlicher Sitzung zu geben. Zwar würde man manches Detail nicht vorgeben können, aber man halte es doch für besser, um den unvahren Gerüchten und Muthmaßungen vorzubeugen, die fast immer über geheime Sitzungen entstehen. Auch sei es über die deutsche Frage wieder einmal öffentlich auszusprechen zu können, zumal sie die Zurückhaltung würdige und dankbar anerkennen, welche die gegenwärtigen Stände in dieser Frage beobachtet. — Er wolle nicht auf eine historische Entwicklung dieser Frage eingehen, sondern gleich bei der Auflösung der letzten Kammer (die übrigens nicht wie man behauptet habe — damit in Verbindung gestanden hätte) anknüpfen. — Die österreichische Regierung habe in der Eigenschaft, welche die Bundesverträge zur Bezeichnung einer Plenarversammlung des deutschen Bundes eingeladen. Die Bezeichnung „Plenarversammlung des deutschen Bundes“ ist dieser Einladung habe man nicht bezweifeln können; eben so wenig deren Zweckmäßigkeit. Dadurch aber, daß Preußen „und

approximative Anzahl ich mir heute noch nicht anzugeben getraue. In den bedeutendsten Fabriken waren die Leute gehalten, von Morgens 5 Uhr bis Abends 8 Uhr zu arbeiten; sie hatten dafür per Stunde einen Verdienst von 10 Pfennigen — doch wurde ihnen der Betrag von drei halben Stunden, die sie auf Frühstück, Mittagesse und Besperber verbrauchten, an diesem Lohn gekürzt. Ihre gemeinschaftlich ausgesprochenen Forderungen sind nun dahin gerichtet, daß sie für die Folge erst um 6 Uhr Morgens kommen, ihnen die besagten Abzüge nicht mehr gemacht — also 14 volle Arbeitsstunden berechnet werden dürfen. Darauf sind die Fabrikherren einstimmig nicht eingegangen, sondern fordern vorerst ein Zurückkehren zum Geschäft, ehe von irgend einer Unterhandlung die Rede sein könnte. Eine wünschenswerthe Beilegung des Streits ist bis heute Abend hier noch nicht bekannt geworden. Von Elberfeld sind 70 Mann vom 16. Inf.-Reg. schon vorgestellt in Lennep eingetroffen. Die Masse aber hält sich ganz ruhig und scheint die beabsichtigte Verhaftung der Anführer bis jetzt noch nicht realisiert. (K. 3.)

### Deutschland.

**Frankfurt a. M.**, 6. Novbr. [Militärisches.] Man sah um die gestrige Mittagsstunde der Ankunft eines weiteren Bataillons des aus dem Großherzogthum Baden zurückkehrenden 28. preußischen Regiments auf dem Main-Nekar-Bahn-Brücke entgegen. Dasselbe hat jedoch, wie man alsbald erfuhr, den

bis mit ihm zusammengehenden Regierungen“ der Versammlung nicht beigetreten seien und deren Kompetenz vielmehr bestritten hätten, sei es unmöglich gewesen den beabsichtigten Zweck zu erreichen; man habe weder eine neue Centralgewalt einsehen, noch eine neu Verfassung berathen können. — Deshalb sei es notwendig geworden, den engern Rath wieder zusammenzutreten zu lassen. Am rechtlichen Fortbestand der alten Verfassung habe man nicht zweifeln können, obwohl diese Ansicht viel Gegner gefunden. Die Nationalversammlung sei 1848 berufen worden, um eine Verfassung zu Stande zu bringen, und habe inzwischen eine provisorische Centralgewalt gewählt. Der alte Bundestag habe sich hierauf aufgelöst, indem er unter dem Drange der damaligen Umstände zu der Centralgewalt zugestimmt und zu deren Gunsten und in der Voraussetzung, daß die neue Verfassung zu Stande kommen werde, sich getrennt habe. Diese Erwartung sei nicht in Erfüllung gegangen und Erzherzog Johann habe dann zu Gunsten einer interimsistischen Bundes-Central-Kommission resignirt, deren Bestehen aber nur auf sechs Monate festgesetzt gewesen. Nach Ablauf dieser und da alle Verhandlungsversuche fruchtlos geblieben, habe daher (schöner Schluß!) das alte verfassungsmäßige Organ wieder auftreten müssen. — Er wolle sich nicht in eine weitere Deduction dieser Ansicht einlassen und nur als Gegensatz erwähnen, daß nach der Meinung der Gegner dann, wenn ein Institut außer Wirklichkeit trete, weil dessen Unhaltbarkeit sich gezeigt habe, ein Zustand der Freiheit als eingetreten angesehen werde, wo Jeder thun könne, was er wolle. (!!) — Nachdem die Verfassung vom Mai 1849 von Österreich, Bayern und Württemberg verworfen worden sei, habe, um eine Zerreißung Deutschlands zu verhüten, vorerst dafür gesorgt werden müssen, daß die einzelnen Staaten Deutschlands „wieder in eine verfassungsmäßige Form hineingetragen würden.“ Es sei dies ein großer Unterschied, dem System der freien Vereinigung gegenüber. Denn wenn dort nichts zu Stande komme, bleibe wenigstens das Alte. (!) — Sobald man aber diesen Standpunkt erfaßt und die Überzeugung gewonnen habe, daß nur auf bündesrechtlichem Boden mit Erfolg vorgeschritten werden könne, sei es auch Pflicht gewesen, die Lebensfähigkeit und Kraft des engern Rathes darzuthun, und es habe daher mit Kraft und Entschiedenheit vorgegangen werden müssen, wo es darauf angekommen sei, das Ansehen des Bundestags zu schützen und zu erhalten. Die erste Gelegenheit dazu habe sich in Kurhessen geboten, ohn daß jedoch die Frankfurter Regierungen zu dieser Differenz Anlaß gegeben hätten. Der Bundestag sei angesehen worden und habe Beschlüsse gefaßt „zu Gunsten des schwerbedrohten landesherrlichen Ansehens.“ Da habe Preußen Schwierigkeiten gemacht, selbst Drohungen seien nicht ausgebissen. Und nicht nur, daß Preußen die Kompetenz des Bundestags im Allgemeinen bestritten habe, habe es nicht einmal geschehen lassen wollen, daß der Bund in den Staaten einschreite, welche ihn anerkennen. (Vermischlich hat zur Zeit nur der Kurfürst, nicht aber das Land, ihn anerkannt.) Preußen komme hier in Widerspruch mit seinem eigenen Unionsgedanken, und wenn es das Einschreiten des Bundes für gefährlich halte, so sehe es daraus, wie bedenklich die Entwicklung seines eigenen Unionsgedankens werden könnte und daß man in Preußen, wahrem Interesse handle, wenn man diesen Gedanken bekämpfe (großer Gedanke!). habe man nur überall, wo es nur angegangen, z. B. bei der Verwaltung des Bundeigentums, es vermieden, mit Preußen in Konflikt zu gerathen, so habe man doch in Hessen, wo es um Sein oder Nichtsein des Bundes sich gehandelt, sich nicht einschüchtern lassen können, und daher entschieden vorzschreiten müßten. In einer ähnlichen Lage befindet sich die Schleswig-Holsteinsche Sache. Auch hier müsse man darauf bestehen, daß der Bund und der von ihm beschlossene Frieden seine Geltung erlange. — Angesichts des bedrohlichen Haltungs Preußens habe man sich daher auch für eine kräftige Gegenwehr entscheiden müssen und auch Sachsen habe die Pflicht gehabt, die bedrohte Bundeigewalt zu stützen. Man habe dies auch gegen Preußen ausgesprochen, aber jede Provokation vermieden, zugleich auch um dem Lande unnötige Kosten zu ersparen. Man habe nur aufmerksam die Verhandlungen in Wiesbaden verfolgt und gerade die Nachrichten von dort hätten nicht (wie dies irrg. von zwei Blättern ganz entgegengesetzter Richtung verbreitet worden sei) zu der ergrienen Maßregel Veranlassung gegeben. Wohl aber sei am 2. Nov. eine Anfrage des preußischen Kabinetts an die Regierung gelangt, die zu der ersten Erwähnung kam. Die Friedensstärke der gesammten Kavallerie ist 3162 ausgebildete Leute, ohne das Offizierskorps. Die Artillerie bildet eine Brigade, unter Kommando eines Artillerie-Generals: 2 reitende Kompanien, 7 Kompanien Fuß-Artillerie und 1 Kompanie Artillerie-Hanwerker; Total der Streitbare = 1449. Die Rekrutierung geschieht größtentheils wie bei der Kavallerie. Die Ingenieur-Truppen bestehen aus einem Stabe, 1 Pionier- und 1 Pontonier-Kompanie. Die hannoversche Armee zählt 16 Generale, 65 Stabs-Offiziere, 563 Subaltern-Offiziere.

(H. C.)

Nach dieser Eröffnung sprach Herr v. Triesen in längerer Rede seinen Dank aus. Herr v. Schönberg-Bibran aber beantragte, daß eine Deputation über die etwa darauf zu erreichende Antwort Bericht erstatte. In diesem Antrag knüpfte sich eine eben so lange als langweilige Debatte, die endlich damit schloß, daß man die Sache mit 22 gegen 17 Stimmen an die erste Deputation verwies. (Dresden, 3.)

**Hannover**, 6. November. [Diplomatiche.] Gestern Nachmittag traf der preußische Major im Generalstab, Herr v. Manteuffel hier ein, und begab sich sogleich ins Palais des Königs. Wir erfahren über den Zweck seiner Mission, daß dieselbe eine Verbindung Hannovers mit Preußen in der deutschen Angelegenheit befürworten soll; diese ist nach dem Verhalten unseres Kabinetts in der deutschen Angelegenheit, so wie nach den zuletzt bezeichneten Instruktionen des Gesandten nach Frankfurt auch gewissermaßen bedingt, ja, wir erfahren von sonst gut unterrichteter Hand, daß ein vollständiger Anschluß an Preußen in den jetzt streitigen Fragen zwischen diesem und Österreich vom Kabinett beabsichtigt wird; demnach kann man schon jetzt, ohne die Details zu kennen, auf einen günstigen Erfolg der Mission des Herren v. Manteuffel rechnen. In militärischer Hinsicht können wir das Verhalten des Kabinetts mit ganzer Bestimmtheit dahin bezeichnen: daß dasselbe bis zum letzten Punkt seine völlige Neutralität beibehalten wird; vorläufig deshalb an eine Vermehrung der Streitkräfte, die jetzt ganz auf den Friedensetat gestellt sind, nicht gedacht wird; sollten später ernsthafte Konflikte im Vaterlande eintreten, an die man bis jetzt hier jedoch weder glauben will noch kann, so würden zwar die Truppen auf den Kriegsfuß gestellt werden, doch lediglich zu dem Zweck, um die Gränen Hannovers nach allen Seiten hin zu besetzen.

Gegen die Sammlungen zur Fortführung des Krieges in Schleswig-Holstein, so wie gegen jeden ferneren Eintritt in hannoverschen Unterthanen in die schleswig-holsteinsche Armee hat das Ministerium sehr geschickte Erlassen ergehen lassen; einem heissen Offizier wurde sogar der Urlaub zum Besuch eines Bruders dafolgt mit dem ausdrücklichen Bemerkung: wegen politischer Gründe, verweigert. Die Demokratie ist natürlich ganz ungehalten darüber und verlegt seitens des Ministeriums sogar als ein reaktionäres, doch sehr alle Besonnenen nur zu gut ein, daß nach der Ratifikation des Friedensvertrags vom 2. Juli das Verhalten des Ministeriums völkerrechtlich kein anderes sein kann. (Reform.)

**Hannover**, 6. Novbr. Major v. Manteuffel, dessen Ankunft von Berlin wir bereits gestern gemeldet, war der Überbringer eines Schreibens seines Monarchen an Se. Maj. den König von Hannover. Der Inhalt gehört natürlich nicht vor die Öffentlichkeit, und müssen wir uns deshalb darauf beschränken, ihn als bedeutungsvoll zu bezeichnen. Se. Majestät haben gestern in Folge dieses Schreibens bis in den Abend mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Henr. v. Münchhausen Exz., gearbeitet. — Der geh. Regierungsrath v. Hammerstein ist bereits gestern nach Frankfurt a. M. in der gestern angedeuteten Eigenschaft abgereist. — Die Sendung des Grafen Kielmansegg nach Wien, der wir jede Wichtigkeit glaubten absprechen zu müssen, erscheint gleichwohl der Beobachtung deshalb wert, weil selbige die Überprüfung des Grafen Platen, dem man 1) unter dem Einfluß des Fürsten Schwarzenberg, 2) als das leitende Organ der hiesigen reaktionären Bewegungen betrachtet, zur Folge hatte. Letzterer ist bereits gestern hier eingetroffen und es wird nun darauf ankommen, ob derselbe für einen anderweitigen Gesandtschaftsposten bestimmt oder etwa nur temporär von Wien sich beurlaubte, um das angegangene Werk der Reaktion hier völlig zu Stande zu bringen.

Bei dem allgemeinen Kriegsgeschrei dürften einige Notizen über die hannoversche Armee von Interesse sein. Sie ist in der Kürze folgendermaßen formirt: 2 Divisionen Infanterie zu je 2 Brigaden von 3 Bataillonen (4 Linien-Bataillon und 1 leichtes). Die Friedensstärke eines Bataillons mit dem Reserve = 916 Streitbare, insofern die Stärke der gesammten Infanterie im Frieden = 18,320 Streitbare. Hierzu kommen noch die in den letzten beiden Jahren nicht verabschiedeten acht- und neunjährigen Einstellungen, so daß in wenigen Tagen die Infanterie leicht auf etliche 20,000 Mann gebracht werden kann. Die Friedensstärke der gesammten Kavallerie ist 3162 ausgebildete Leute, ohne das Offizierskorps. Die Artillerie bildet eine Brigade, unter Kommando eines Artillerie-Generals: 2 reitende Kompanien, 7 Kompanien Fuß-Artillerie und 1 Kompanie Artillerie-Hanwerker; Total der Streitbare = 1449.

Die Rekrutierung geschieht größtentheils wie bei der Kavallerie. Die Ingenieur-Truppen bestehen aus einem Stabe, 1 Pionier- und 1 Pontonier-Kompanie. Die hannoversche Armee zählt 16 Generale, 65 Stabs-Offiziere, 563 Subaltern-Offiziere.

(H. C.)

[Das Inhibitorium des sogenannten Bundesstages an die Statthalterchaft lautet wie folgt:

Auszug aus dem Protokoll der 11. Sitzung der Bundesversammlung, gehalten am 25. Oktober, S. 33, Holstein. — Die Bundesversammlung hat demnach mit Stimmenmehrheit beschlossen:

1) sofort nach erfolgter Auswechselung der Matrizenbürturkunden über den Frieden vom 2. Juli der Statthalterhaft in Kiel, als der löslich bestehenden obersten Landesbehörde Holsteins, ihren festen Willen kundgeben zu lassen, daß sie ferne Feindseligkeiten nicht dulden werde, die Statthalterhaft daher gemeinsam angewiesen werde, daß Sorge zu tragen, daß kein Angriff erfolge, die holsteinischen Truppen vielmehr jiddlich der Eider zurückzogen werden, und daß eine Beurlaubung derselben von mindestens ½ stattfinde, die Bundesversammlung anfordert, aber zu erfüllen, diese Intimation an die Statthalterhaft auf geeignetem Wege zu bewerkstelligen;

2) hierbei der königl. dän. höhen Regierung gegenüber die bestimmte Voraussetzung anzusprechen, daß den Bestimmungen des Friedens vom 2. Juli gemäß, wie sie namentlich nach Maßgabe des Schreibens des englischen Befolkmäßigkeiten vom 4. Juli interpretiert werden müssen, auch königl. dänischerweise keine Ausdehnung militärischer Machtregeln auf Holstein erfolge, das auch in Folge der Beurlaubung holsteinischer Truppen eine angemessene Besserung an der dänischen Armee im Süden Schleswigs stattfinden werde;

3) einen Bundes-Kommissär zu ernennen, zu dienen Endzweck aber die königl. hannoversche Regierung durch Vermittelung zu erüthren, einer höheren Beamten zu benennen, welcher zur Übernahme dieser Funktion geeignet ist, und denselben zu abschließender Anerkennung zu veranlassen, damit er seine Vollmacht und Instruktion in Empfang nehme;

4) den Ausschuß zu beauftragen, einen Entwurf dieser Vollmacht und Instruktion unverzüglich vorzulegen;

5) den Erziehungs-Ausschuß mit alsbaldiger Eröffnung seines Gutachtens über die möglicherweise nötig werdenen eventuellen Erziehungsmaßregeln zu beauftragen, endlich

6) die königl. dänische herzoglich lauenburgische höchste Regierung von dem gegenwärtigen Besluß und namentlich von der unter Nr. 2 derselben geschehenen Voraussetzung Kenntnis zu setzen.

**Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.**

**Kiel**, 8. Novbr. Die heute hier eingetroffene Nachricht, daß sich Preußen im großen Maßstabe mobilisire, erfüllt das Land mit großer Freude.

Briefen aus Eckernförde folge haben die Dänen sämtliche Windmühlen zwischen dieser Stadt und Schleswig zum Stillstande gebracht, weil damit dem Feinde Signale gegeben werden könnten. In Schleswig befinden sich jetzt 30 Kinder untertauft, weil die Eltern ihre neugetauften Kinder von den eingefesteten dänischen Geistlichen nicht wollen taufen lassen. An den Hüttenwerken wird noch anhaltend stark gearbeitet. Sie werden so warm und bequem eingerichtet, daß sie auf längere Zeit berechnet zu sein scheinen. Da sich zeitweise zum Behufe der neuen Organisation einiges Militär vom Felsel nach Rendsburg

gezogen hat, und stets neues da anlangt, so ist jetzt diese Stadt so angestellt, daß ein neues Einquartierungsgesetz erschienen ist. Demzufolge erhält der Quartiergeber für den Subaltern-Offizier monatlich 15 Mark, mehrere Offiziere können auch in einem Zimmer, selbst in dem des Wirthes untergebracht werden, falls es an heizbaren Räumen fehlen sollte. Für genannte Summe ist Stube, Heizung, Licht und Bett zu liefern. Werden mehrere Offiziere in einem Zimmer untergebracht, so ist pro Mann 1½ Mark weiter zu vergüten.

**Rendsburg**, 7. Novbr. Außer fortwährenden Vorposten-Schirmhütern, wovon heute Morgen eines bei Breckendorf vorst, ist von der Armee nichts Neues zu berichten. — Einzelne Gefangene werden dann und wann eingebrochen. — Insassen sind an heizbaren Räumen fehlen sollte. Für genannte Summe ist Stube, Heizung, Licht und Bett zu liefern. Werden mehrere Offiziere in einem Zimmer untergebracht, so ist pro Mann 1½ Mark weiter zu vergüten.

(H. C.)

### Deutschland

**Wien**, 7. November. [Rüstungen. — Feldärzte.]

Dross der von Berlin eingelaufenen friedlichen Nachrichten werden die Rüstungen unablässig fortgesetzt und alle Eisenbahnen und Geschützlinien bedient; es ist eine große Heereswanderung vom Süden nach dem Norden, wie wir sie in den jüngst verlorenen Jahren nach Ost und Süd gesehen haben und saft. Jedermann denkt hierbei, daß die ungeheuren Kosten dieser Demonstrationen doch unmöglich gemacht werden können, um einer kindlichen Paradesuitt oder einer mittelmäßigen Staatskunst Gewege zu thun, es müssen dahinter ernsthafte Pläne verborgen sein.

Das ist bis jetzt keineswegs bereit, obgleich die Schickard der Feldärzte soll nunmehr eine durchgreifende Verbesserung erfahren, indem der Rücktritt des Grafen Giulay als Kriegs-Minister der den Nicht-Kombattanten in der Armee gar nicht gewogen war, in dieser Sache das Hauptthindernis beseitigt hat, denn der gegenwärtige Kriegs-Minister Baron Eozich begreift vollkommen die hohe Wichtigkeit der solitären Branche und ist entschlossen, den billigsten Ansprüchen Rechnung zu tragen. Es werden demnach die Feldärzte in Zukunft überhaupt Sanitäts-Offiziere heißen und der Unter-Arzt Sanitäts-Lieutenant, der Ober-Arzt Sanitäts-Oberlieutenant, der Regiments-Arzt Sanitäts-Hauptmann und der Stabs-Arzt Sanitäts-Major sein und die diesen Chargen anklebenden Gebühren beibehalten, während bis zur Stunde namentlich im Kriege die bedeutenden Feldgebühren der Offiziere aufgestellt werden.

Das ist bis jetzt keineswegs bereit, obgleich die Schickard der Feldärzte gerade so zu handeln befugt ist, wie es gegen die demagogischen gethan hat. Ist aber die Gesellschaft des „Zehnten Dezember“ eingewilligt hat. Die Notwendigkeit dieser Einwilligung ist jedoch schwer zu erklären.

Von zwei Dingen eins: entweder die Gesellschaft des „Zehnten Dezember“ ist eine gefährliche, ungesetzliche Verbindung, und in diesem Falle ist es unbedingt, warum der Präsident zu ihrer Auflösung die Einwilligung des Präsidenten haben muß, da er gegen diese Gesellschaft gerade so zu handeln befugt ist, wie es gegen die demagogischen gethan hat.

Der Präsident zu ihrer Auflösung der genannten Gesellschaft des „Zehnten Dezember“ eine legale, so ist wiederum nicht einzusehen, wie sie selbst mit dem Willen des Staats-Überhauptes aufgelöst werden kann.

In einem konstitutionellen Staate kann man aus diesem Dilemma wohl nicht gut herauskommen; allein in der Republik Frankreich scheinen einmal alle Regeln der Politik umgestoßen.

Genug, die Einwilligung des Präsidenten zur Auflösung der genannten Gesellschaft wird als eine große Konfession angesehen, welche geeignet sein soll, den Frieden zu begründen, der mit der Annahme des Tagebefehls Chancier's Seitens des Elsässer eingelebt worden ist. Außendurch ist bei alle dem nur, daß jener Tagebefehl noch nicht durch den „Mortisseur“ veröffentlicht worden ist.

Zwischen dem hiesigen Gouvernement und dem Schweizer Bundesrat sind einige Differenzen eingetreten. Es handelt sich um die Flüchtlinge, welche das hiesige Kabinett von der Grenze entfernt haben will, wobei auch noch der Verdruß Bonaparte's in Anschlag zu bringen ist, daß ihm auf seiner Reise in den westlichen Provinzen Seitens des Bundesrates Niemand zur Begrüßung abgeordnet wurde, während dem österreichischen Kaiser gegenüber in Bregenz ein solcher Höflichkeitssak für notwendig gehalten worden ist.

Zwischen den beiden Regierungen findet in diesem Moment ein heftiger Notenwechsel statt.

Die Rückkehr des Herrn Persigny steht nahe bevor, und wie mir versichert wird, wird er vor seiner Abreise aus Berlin die Dekoration erhalten, welche man denjenigen Gesandten bestätigt, die nicht mehr zurückkommen. Herr v. Persigny soll diesmal den Berliner Gesandtschaftsposten in der That definitiv verlassen.

Der preußische Gesandte, Graf Hatzfeld, hat gestern ein großes Diner für die politischen Notabilitäten gegeben und ihnen die durch den Telegraphen eingegangene Meldung von dem Rücktritt des Herrn v. Radowitz mitgetheilt. Die Nachricht macht große Sensation.

Bei einem großen Diner im Elysée sollen auch Chancier und sein Freund Rothschild anwesend gewesen sein.

Skalitzer Bezirkshauptmannschaft sollen 16.000 Mann auf die Dörfer gelegt und von da bis Gitschin, auf eine Länge von 6 Meilen, ein Armeekorps von 60.000 Mann zu stehen kommen. In Skalitz sollen am 2ten 200 Mann mit 12 Pferden vom ungarnischen Regiment Micholowitz, welches von Venigk kommt, einrücken und darf verbleiben. Ein italienisches Regiment sollte ebenfalls in die dortige Gegend, nach Königshof, 2 Meilen von Skalitz, eine Abteilung Serschaner kommen. In Trautenau sollen nächsten Sonntag, den 10., die ersten Truppen, das steiermärkische Infanterie-Regiment Piret einrücken. Der Stab kommt nach Arnau, 2 Kompanien nach Trautenau, der Brigadestab mit General Salis ebenfalls nach Arnau, wo auch ein Abliegequartier für den Körpers-Kommandanten, Erzherzog Albrecht, bereit gehalten wird. Troch allen diesen Rüstungen glaubt in Böhmen Niemand an Krieg, sondern Alles hält dieselben für Vorbereitungen zur Aufhebung der Verfassung.

### Frankreich

**Paris**, 6. Novbr. [Tagesbericht.] Der in den hohen Regionen geschlossene Waffenstillstand wird von der Presse der entgegenseitigen Parteien nicht akzeptiert; sie sieht einen lebhaften Krieg fort. Der Präsident sowohl wie Chancier werden fortwährend angegriffen, und es ist schwer anzunehmen, daß die Führer lange in Frieden bleiben, wenn sie ihren Soldaten den Krieg fortsetzen lassen.

Das Elysée soll übrigens einen neuen Beweis von Nachgiebigkeit geboten haben, indem es nun definitiv in die Auflösung der Gesellschaft des „Zehnten Dezember“ eingewilligt hat. Die Notwendigkeit dieser Einwilligung ist jedoch schwer zu erklären. Von zwei Dingen eins: entweder die Gesellschaft des „Zehnten Dezember“ ist eine gefährliche, ungesetzliche Verbindung, und in diesem Falle ist es unbedingt, warum der Präsident zu ihrer Auflösung die Einwilligung des Präsidenten haben muß, da er gegen diese Gesellschaft gerade so zu handeln befugt ist, wie es gegen die demagogischen gethan hat.

Der Präsident zu ihrer Auflösung der genannten Gesellschaft des „Zehnten Dezember“ eine legale, so ist wiederum nicht einzusehen, wie sie selbst mit dem Willen des Staats-Überhauptes aufgelöst werden kann.

In einem konstitutionellen Staate kann man aus diesem Dilemma wohl nicht gut herauskommen; allein in der Republik Frankreich scheinen einmal alle Regeln der Politik umgestoßen.

Genug, die Einwilligung des Präsidenten zur Auflösung der genannten Gesellschaft wird als eine große Konfession angesehen, welche geeignet sein soll, den Frieden zu begründen, der mit der Annahme des Tagebefehls Chancier's Seitens des Elsässer eingelebt worden ist. Außendurch ist bei alle dem nur, daß jener Tagebefehl noch nicht durch den „Mortisseur“ veröffentlicht worden ist.

Zwischen dem hiesigen Gouvernement und dem Schweizer Bundesrat sind einige Differenzen eingetreten. Es handelt sich um die Flüchtlinge, welche das hiesige Kabinett von der Grenze entfernt haben will, wobei auch noch der Verdruß Bonaparte's in Anschlag zu bringen ist, daß ihm auf seiner Reise in den westlichen Provinzen Seitens des Bundesrates Niemand zur Begrüßung abgeordnet wurde, während dem österreichischen Kaiser gegenüber in Bregenz ein solcher Höflichkeitssak für notwendig gehalten worden ist.

Zwischen den beiden Regierungen findet in diesem Moment ein heftiger Notenwechsel statt.

Die Rückkehr des Herrn Persigny steht nahe bevor, und wie mir versichert wird, wird er vor seiner Abreise aus Berlin die Dekoration erhalten, welche man denjenigen Gesandten bestätigt, die nicht mehr zurückkommen. Herr v. Persigny soll diesmal den Berliner Gesandtschaftsposten in der That definitiv verlassen.

Der preußische Gesandte, Graf Hatzfeld, hat gestern ein großes Diner für die politischen Notabilitäten gegeben und ihnen die durch den Telegraphen eingegangene Meldung von dem Rücktritt des Herrn v. Radowitz mitgetheilt. Die Nachricht macht große Sensation.

</

daß er bald das Bewußtsein verlor. Endlich kamen die Hauss-  
genossen zu Hilfe.

(Oder-Btg.)

[Theater.] Mittwoch zum ersten Male: „Ein deutsches Dichterleben.“ Schauspiel in 5 Aufzügen von Mosenthal. Ein Dichterleben ist kein Vorwurf zu einer dramatischen Dichtung. Ein Dichterleben ist von subjektiver Unendlichkeit, unbegrenzt und endlos wie das Weltall. Ihr kommt ein solches Leben in der weiten Form eines epischen Gedichts besingen. Ihr kommt einzelne Momente eines solchen Lebens in lyrischer Weise vorführen, aber Ihr kommt ein Dichterleben nicht in den engen Rahmen eines Dramas einzufassen.

Ein Dichterleben ist schlechterdings innerliche Natur; die Thaten eines Dichters sind — Gedichte. Das Drama verlangt Thaten ganz anderer Art, es verlangt unmittelbar ins Leben eingreifende Handlung und objektive Gestaltung derselben.

Widerstreit nun schon ein solcher Stoff seiner ganzen Natur nach der dramatischen Behandlung, so haben diese Dichter-Dramen außerdem noch den Uebelstand, daß Figuren wie „Muse“ und „Genius“ Hauptrollen darin spielen. Der Held eines solchen Stücks ruft bei jeder Gelegenheit seine „Muse“ an, in jeder Kollision muß der „Genius“ herhalten. Aber die Muse und der Genius sind keine Gestalten, die man vor dem Zuschauer auf den Brettern erscheinen läßt. Dort in den stillen geheimen Werkstätten des Dichters müssen sie wohnen, und nur was sie ihm offenbaren, nicht sie selbst dürfen auf offenem Markt ausgerufen werden. Soll die Dichtung uns das Leben abspiegeln, so müssen wir nicht unaufhörlich daran erinnert werden, daß wir es eben nur mit einer Dichtung zu thun haben.

Das vorliegende Stück hat aber noch einen andern Grundfehler, der gegen das erste Gesetz dramatischer Kunst verstößt. Der Held des Stücks ist ohne sittliche Größe, ein Gebrechen, das hier um so verleidender berührt, als der Held kein geringerer Mann als Gottfried August Bürger ist. Das tragische Schicksal dieses gefeierten Volksdichters ist bekannt. Eine furchtbare Leidenschaft, seine Liebe zu Mollie, der Schwester seines Frau, führte den Tod der lebsten herbei. Es ist dies ein dunkler Fleck im Leben Bürgers, der, will man der geschichtlichen Wahrheit nicht geradezu entgegen treten, nicht aufzuheben ist. Die Collusion dieses Verhältnisses ist von einer erschütternden Tragik, und ruft unter tieftes Mitleid hervor. Aber damit ist es nicht abgethan. Das Mitleid, das wir für den tragischen Helden empfinden, muß mit Bewunderung gepaart sein, mit Bewunderung für die Energie eines großen Gefühls, für welches der Held seine irdische Existenz einsetzt.

Bürger steht unter dem Eindruck einer gewaltigen Leidenschaft, wie ein schwangeres Rohr im Sturme, ohne Kraft, ohne Seelenkraft und er erscheint um so kleiner, als Dora, die hausbäckere, prosaistische Frau, hoch über ihm steht. Sie, deren Herz er gebrochen und die in der Todesstunde die Hände der beiden Liebenden in einander legt, sie ist die Helden, das edle, geiststarke Weib, der vor unsre reine Theilnahme nicht versagen können. Auf Bürger ruht nur die Schuld, die keines seines Gedichts wegwaschen kann.

Wer den Dichter der „Leonore“ aber nicht in verklärter Gestalt zu zeigen vermag, der sollte seine Asche überläßt lassen und seine edlen Gefänge durch keine Erinnerung an eine sittliche Schwäche trüben!

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen, die das Ganze tadelnd treffen, kann ich nicht unterlassen, die vielen schönen Einzelheiten mit besonderem Lobe zu erwähnen. Das Stück ist vor Allem mit dramatischem Geschick gearbeitet. Von der wohlgelegten Exposition des 1. Aktes an, in welchem die Keime der Kollision mit gewandter Hand gestreut sind, steigert sich die Handlung von Akt zu Akt mit wachsendem Interesse, und erreicht im 4. Akt einen Höhepunkt tragischer Größe. — Einzelne Episoden, wie z. B. die Entstehung der Ballade „Leonore“ und die Szene im Wirthshause, wo sich das Volk die Ballade von dem Schulmeister verlesen läßt, sind sehr sinnig gedacht und ausgeführt. — Die Charakterzeichnung der beiden Frauen „Dora“ und „Molly“, ist von psychologischer Wahrheit, und zeigt von einem tiefen Blüte des Verfassers in das Frauenherz. — Außer Bürger und diesen Frauengruppen ist alles übrige Staffage. — Die Diktion ist nicht ohne poetischen Schwung, an vielen Stellen sogar von der überwältigenden Macht einer gluthvollen Empfindung getragen. Doch fehlt es ihr auch nicht an phasenhafter Sentimentalität, die das Gemüth nur auf der Oberfläche berührt, so wie an literaturgeschichtlichen Gemeinplätzen, die jedem Seundaner geläufig sind.

Die Darstellung des Stücks verdient alles Lob. Die drei Hauptfiguren, gespielt von Herrn Blattner, Fräulein Höfer und Fräulein Schwelle, kamen zur vollständigsten Gestaltung. Die anderen kleinen Rollen befanden sich ebenfalls in den besten Händen, das Ensemble ging vorzüglich und so konnte es nicht ausbleiben, daß das Publikum die Vorstellung beifällig aufnahm und am Schlusse „Alle“ hervorrief.

**Handel, Gewerbe und Ackerbau.**

**Breslau,** im November. [Soirée.] Am 6. gab Hr. Professor Servais aus Brüssel eine musikalische Soirée im König von Ungarn. Ohne uns auf eine Kritik der einzelnen Piesen einzulassen zu wollen, können wir mit Vergnügen berichten, daß sich Herr Servais als tüchtiger Gesangsmäster bewährt, das haben ihm auch Meister wie Mendelssohn, Lipinski, Fétis u. a. attestiert. Seine Intonation ist rein, seine Methode vorzüglich, in den Koloraturen sondern sich die Töne klar und deutlich von einander; auch sein Vortrag ist zu loben. Wie wir hörten, hatte Herr Professor Servais den Plan, sich in unserer Stadt als Gesanglehrer niederzulassen, was für eine so große Stadt wie Breslau keineswegs überflüssig, vielmehr erstaunlich gewesen wäre; leider ist aber Breslau nicht der Ort, wo vergleichsweise leicht durchzusehen wäre. Möchte es ihm anderswo besser glücken.

**Breslau,** 7. Nov. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesiens.] Sitzung vom 6. d. M. Berleung und Genehmigung des Prototypus der vorigen Sitzung. Auf der Tagesordnung standen: 1. Mittheilungen; 2. Fortsetzung des Allard'schen Briefes; 3. Vortrag des Vorstehenden über Auswanderungs-Geographie.

1. Das Polizei-Präsidium zu Berlin hat seine Aufmerksamkeit auf das Treiben derjenigen Agenten gewandt, welche die Auswanderer über nicht deutsche Häfen nach Amerika bestreben. Es kann nicht genug vor den nicht deutschen Häfen gewarnt werden, da die abgeschlossenen Kontrakte dem Auswanderer keine Garantien bieten, indem es zur Realisierung derer meist an einem kompetenten Gerichtshofe schlägt. — Die Zahl der in einem Vierteljahr von Nordamerika nach Europa gekommenen Briefe ist jetzt schon auf 494,658, und der aus Europa nach Nordamerika auf 426,283 gestiegen; die Summe beträgt daher fast 1 Mill.

— Im Staate Ohio werden sich jetzt auch freie Gemeinden, denen ehemalige katholische Prediger vorstellen, z. B. Schröder, ehemals in Worms. — In Providence, Rhode-Island, wurde für das erste Billet zu einem Jemmy Lind-Konzerte 650 Doll. bezahlt. — Die Neue Deutsche Zeitung warnt ebenfalls vor der Auswanderung über Bavar., wobei der Agent des Davies Chrysie u. Heinrich (zu Frankfurt a. M.) stark kompromittiert ist. — Auch ein Volksblatt in Würzburg warnt vor Bavar. und enthält insbesondere eine arge Bedrohung über den Centralverein in Köln und dessen Agenten. Letzterer wird angeklagt, falsche Kontakte ausgesetzt zu haben. — Der Berliner Verein zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation fordert wiederholt auf, besonders die zwölfjährigen Passagiere über ausländische Häfen nicht nur nicht billiger wegzuladen, sondern auch eine schlechte Behandlung auf Städte in Nordamerika gestatten. — Seit 1840 ist die Bevölkerung folgender

Gemeinden von 46.000 auf 150.000, St. Louis von 16.000 auf 90.000, Buffalo von 50.000 auf 22.000, Williamsburg von 5000 auf 40.000, Milwaukee von 1700 auf 20.000. — Der Kaufmann Fuhmann

schen Pillen aus München habe und empfiehlt dieselben den Auswanderern als ein unentbehrliches Präparat gegen verdeckte Krankheiten. Diese Pillen seien besonders darum wichtig, weil es in Amerika an ärztlicher Hilfe seie. — Hieran schließt Thiel den Antrag: der Verein solle durch den Vorstand ein Buch anlegen lassen, in welches alle bestehenden Notizen für Auswanderer nach einer gewissen Ordnung eingetragen würden, und dieses Buch solle dann zur Einsicht ausliegen. Gerner stellt Thiel mit, daß er beabsichtige, am 15. d. einen Kurzus deutscher Konversation und Redebüchung zu eröffnen.

2. Fortsetzung des Allard'schen Briefes.

3. Der Vortragende eröffnete heute die Vorträge über Auswanderungs-Geographie. In der Einleitung bemerkte er, daß er, ehe die spezielle Schilderung der Auswanderungs-Gebiete erfolgen könne, glaube, einen Überblick über die ganze Erde geben zu müssen, um dadurch die Zukunft einigermaßen zu orientieren.

Das Fremdenbuch ergab die Anwesenheit von 7 Gästen. Schluss der Sitzung 9½ Uhr.

C. W.

Bei der am 7. d. Mts. in Görlitz stattgehabten Neuwahl eines Landesfürsten zur 1. Kammer, an Stelle des ausgeschiedenen Landesfürsten Grafen v. Löben ist Se. D. der Fürst Reuß LXIII. Köstritz auf Jänkendorf gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

Durch das Ableben des Minister-Präsidenten Grf. v. Brandenburg ist auch die Stelle eines Abgeordneten zur 1. Kammer für den 1. Breslauer Wahlbezirk erledigt, weshalb eine

Neuwahl abzuhalt stattfinden wird.

# Aus dem Siegnikschen, im November. [Irvingianismus.] Wie erfahren von zuverlässiger Seite her, daß den Irvingianischen Bischof Koppen von unserer Regierung, wie man volkstümlich zu sagen pflegt, das Handwerk gelegt worden sei. In einer scharfen Verwarnung soll diesem Sektenführer bemerklich gemacht werden sein, daß er durch die freiwillige Niederlegung seines früheren Pfarr-Amtes, vornehmlich aber durch seine gegenwärtige Stellung der evangelischen Landeskirche gegenüber nicht mehr als Geistlicher angesehen, und es ihm daher auch nicht gestattet werden könne, bei Mitgliedern der evangel. Kirche actus minister, irgend welcher Art, als Taufen, Trauungen, Abendmahlss- und Konfirmations-Handlungen zu verrichten; während alles solles mit der Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens wegen unbefugter Amtes-Anmaßung gegen ihn seitens der Staatsanwaltschaft vorgeschritten werden. Denn so lange evangelische Parochien nicht nach dem Gesetz vom 30. März 1847 durch Erklärung vor Gericht ihren Austritt aus der Landeskirche dokumentiert haben, können sie aus dem Parochial-Verbande nicht entlassen und dem Pastor Koppen geistliche Amtes-handlungen bei Regulierung der Gewerbesteuern noch übertragen werden.

Der Ober-Präsident hat diesen Antrag zurückgewiesen, teils darum, weil er an einem gewissen Anhaltspunkte stößt, teils weil kein Grund vorliege, eine Änderung der geistlichen Bestimmungen höheren Orts zu befürworten.

Die Handelskammer hat nun die Hülfe des Herrn Ministers für Handel ic. angerufen, und fordert uns auf, diesen Antrag zu unterstützen.

Wir glauben, auf diesen Antrag nicht eingehen zu können, da nach den bestehenden Gesetzen über Gewerbeberechtigung ein solcher fruchtlos sein würde. Das Verlangen aber einer vorangegangenen Prüfung gefordert, das königl. Ober-Präsidium zu Breslau um diesen möglichst beschränkt nicht sowohl an einzelnen Orten, sondern auch im Allgemeinen in der Art anzugeben, das jeder, welcher ein wirklich kaufmännisches Geschäft beginnen will, sich durch Lehrbrief oder Prüfung seiner Kenntnisse, wenigstens der in diesem Stande unentbehrlichsten, auszuweisen verbinden ist.

Sie motiviert diesen ihren Antrag dadurch: daß in Folge qu. Gewerbeordnung in Görlitz der Antrag zu neuen kaufmännischen Establissemens auf eine wahrhaft denunzirende Weise zugemessen hat und fortwährend noch zunimmt, so daß zu Anfang des Jahres 1850 bereits 103 Personen in die Steuerklasse Lit. A gehörten, welche die S. 1845 nur 34 zählte; so wie dadurch, daß in dem Ministerial-Erlaß vom 9. Februar 1849, welcher der Verwilderung der Handwerker in ihren technischen Bestrebungen ein zeitgemäßes Ziel zu setzen bestimmt ist, des Handels resp. des Kaufmannstandes, der unmöglich wohl an die Spitze aller gewerblichen Tendenzen zu stellen sei, dafür nicht gedacht werden, und daß es für den gesamten Kaufmannstand entwederlich ist, wenn Personen, fast ohne lesen und schreiben zu können, die sich Kaufleute grießen, ja wenn selbst Gemeinfürster durch gelegentlichen Handel mit Butter und Käse als Kaufleute Lit. A betrachten, und von wirtschaftlichen Kaufleuten bei Regulierung der Gewerbesteuern noch übertragen werden müssen.

Der Ober-Präsident hat diesen Antrag zurückgewiesen, teils darum,

weil er an einem gewissen Anhaltspunkte stößt, teils weil kein Grund vorliege, eine Änderung der geistlichen Bestimmungen höheren Orts zu befürworten.

Die Handelskammer hat nun die Hülfe des Herrn Ministers für Handel ic. angerufen, und fordert uns auf, diesen Antrag zu unterstützen.

Wir glauben, auf diesen Antrag nicht eingehen zu können, da nach den bestehenden Gesetzen über Gewerbeberechtigung ein solcher fruchtlos sein würde. Das Verlangen aber einer vorangegangenen Prüfung gefordert, das königl. Ober-Präsidium zu Breslau um diesen möglichst beschränkt nicht sowohl an einzelnen Orten, sondern auch im Allgemeinen in der Art anzugeben, das jeder, welcher ein wirklich kaufmännisches Geschäft beginnen will, sich durch Lehrbrief oder Prüfung seiner Kenntnisse, wenigstens der in diesem Stande unentbehrlichsten, auszuweisen verbinden ist.

Sie motiviert diesen ihren Antrag dadurch: daß in Folge qu. Gewerbeordnung in Görlitz der Antrag zu neuen kaufmännischen Establissemens auf eine wahrhaft denunzirende Weise zugemessen hat und fortwährend noch zunimmt, so daß zu Anfang des Jahres 1850 bereits 103 Personen in die Steuerklasse Lit. A gehörten, welche die S. 1845 nur 34 zählte; so wie dadurch, daß in dem Ministerial-Erlaß vom 9. Februar 1849, welcher der Verwilderung der Handwerker in ihren technischen Bestrebungen ein zeitgemäßes Ziel zu setzen bestimmt ist, des Handels resp. des Kaufmannstandes, der unmöglich wohl an die Spitze aller gewerblichen Tendenzen zu stellen sei, dafür nicht gedacht werden, und daß es für den gesamten Kaufmannstand entwederlich ist, wenn Personen, fast ohne lesen und schreiben zu können, die sich Kaufleute grießen, ja wenn selbst Gemeinfürster durch gelegentlichen Handel mit Butter und Käse als Kaufleute Lit. A betrachten, und von wirtschaftlichen Kaufleuten bei Regulierung der Gewerbesteuern noch übertragen werden müssen.

Der Ober-Präsident hat diesen Antrag zurückgewiesen, teils darum,

weil er an einem gewissen Anhaltspunkte stößt, teils weil kein Grund vorliege, eine Änderung der geistlichen Bestimmungen höheren Orts zu befürworten.

Die Handelskammer hat nun die Hülfe des Herrn Ministers für Handel ic. angerufen, und fordert uns auf, diesen Antrag zu unterstützen.

Wir glauben, auf diesen Antrag nicht eingehen zu können, da nach den bestehenden Gesetzen über Gewerbeberechtigung ein solcher fruchtlos sein würde. Das Verlangen aber einer vorangegangenen Prüfung gefordert, das königl. Ober-Präsidium zu Breslau um diesen möglichst beschränkt nicht sowohl an einzelnen Orten, sondern auch im Allgemeinen in der Art anzugeben, das jeder, welcher ein wirklich kaufmännisches Geschäft beginnen will, sich durch Lehrbrief oder Prüfung seiner Kenntnisse, wenigstens der in diesem Stande unentbehrlichsten, auszuweisen verbinden ist.

Sie motiviert diesen ihren Antrag dadurch: daß in Folge qu. Gewerbeordnung in Görlitz der Antrag zu neuen kaufmännischen Establissemens auf eine wahrhaft denunzirende Weise zugemessen hat und fortwährend noch zunimmt, so daß zu Anfang des Jahres 1850 bereits 103 Personen in die Steuerklasse Lit. A gehörten, welche die S. 1845 nur 34 zählte; so wie dadurch, daß in dem Ministerial-Erlaß vom 9. Februar 1849, welcher der Verwilderung der Handwerker in ihren technischen Bestrebungen ein zeitgemäßes Ziel zu setzen bestimmt ist, des Handels resp. des Kaufmannstandes, der unmöglich wohl an die Spitze aller gewerblichen Tendenzen zu stellen sei, dafür nicht gedacht werden, und daß es für den gesamten Kaufmannstand entwederlich ist, wenn Personen, fast ohne lesen und schreiben zu können, die sich Kaufleute grießen, ja wenn selbst Gemeinfürster durch gelegentlichen Handel mit Butter und Käse als Kaufleute Lit. A betrachten, und von wirtschaftlichen Kaufleuten bei Regulierung der Gewerbesteuern noch übertragen werden müssen.

Der Ober-Präsident hat diesen Antrag zurückgewiesen, teils darum,

weil er an einem gewissen Anhaltspunkte stößt, teils weil kein Grund vorliege, eine Änderung der geistlichen Bestimmungen höheren Orts zu befürworten.

Die Handelskammer hat nun die Hülfe des Herrn Ministers für Handel ic. angerufen, und fordert uns auf, diesen Antrag zu unterstützen.

Wir glauben, auf diesen Antrag nicht eingehen zu können, da nach den bestehenden Gesetzen über Gewerbeberechtigung ein solcher fruchtlos sein würde. Das Verlangen aber einer vorangegangenen Prüfung gefordert, das königl. Ober-Präsidium zu Breslau um diesen möglichst beschränkt nicht sowohl an einzelnen Orten, sondern auch im Allgemeinen in der Art anzugeben, das jeder, welcher ein wirklich kaufmännisches Geschäft beginnen will, sich durch Lehrbrief oder Prüfung seiner Kenntnisse, wenigstens der in diesem Stande unentbehrlichsten, auszuweisen verbinden ist.

Sie motiviert diesen ihren Antrag dadurch: daß in Folge qu. Gewerbeordnung in Görlitz der Antrag zu neuen kaufmännischen Establissemens auf eine wahrhaft denunzirende Weise zugemessen hat und fortwährend noch zunimmt, so daß zu Anfang des Jahres 1850 bereits 103 Personen in die Steuerklasse Lit. A gehörten, welche die S. 1845 nur 34 zählte; so wie dadurch, daß in dem Ministerial-Erlaß vom 9. Februar 1849, welcher der Verwilderung der Handwerker in ihren technischen Bestrebungen ein zeitgemäßes Ziel zu setzen bestimmt ist, des Handels resp. des Kaufmannstandes, der unmöglich wohl an die Spitze aller gewerblichen Tendenzen zu stellen sei, dafür nicht gedacht werden, und daß es für den gesamten Kaufmannstand entwederlich ist, wenn Personen, fast ohne lesen und schreiben zu können, die sich Kaufleute grießen, ja wenn selbst Gemeinfürster durch gelegentlichen Handel mit Butter und Käse als Kaufleute Lit. A betrachten, und von wirtschaftlichen Kaufleuten bei Regulierung der Gewerbesteuern noch übertragen werden müssen.

Der Ober-Präsident hat diesen Antrag zurückgewiesen, teils darum,

weil er an einem gewissen Anhaltspunkte stößt, teils weil kein Grund vorliege, eine Änderung der geistlichen Bestimmungen höheren Orts zu befürworten.

Die Handelskammer hat nun die Hülfe des Herrn Ministers für Handel ic. angerufen, und fordert uns auf, diesen Antrag zu unterstützen.

Wir glauben, auf diesen Antrag nicht eingehen zu können, da nach den bestehenden Gesetzen über Gewerbeberechtigung ein solcher fruchtlos sein würde. Das Verlangen aber einer vorangegangenen Prüfung gefordert, das königl. Ober-Präsidium zu Breslau um diesen möglichst beschränkt nicht sowohl an einzelnen Orten, sondern auch im Allgemeinen in der Art anzugeben, das jeder, welcher ein wirklich kaufmännisches Geschäft beginnen will, sich durch Lehrbrief oder Prüfung seiner Kenntnisse, wenigstens der in diesem Stande unentbehrlichsten, auszuweisen verbinden ist.

Sie motiviert diesen ihren Antrag dadurch: daß in Folge qu. Gewerbeordnung in Görlitz der Antrag zu neuen kaufmännischen Establissemens auf eine wahrhaft denunzirende Weise zugemessen hat und fortwährend noch zunimmt, so daß zu Anfang des Jahres 1850 bereits 103 Personen in die Steuerklasse Lit. A gehörten, welche die S. 1845 nur 34 zählte; so wie dadurch, daß in dem Ministerial-Erlaß vom 9. Februar 1849, welcher der Verwilderung der Handwerker in ihren technischen Bestrebungen ein zeitgemäßes Ziel zu setzen bestimmt ist, des Handels resp. des Kaufmannstandes, der unmöglich wohl an die Spitze aller gewerblichen Tendenzen zu stellen sei, dafür nicht gedacht werden, und daß es für den gesamten Kaufmannstand entwederlich ist, wenn Personen, fast ohne lesen und schreiben zu können, die sich Kaufleute grießen, ja wenn selbst Gemeinfürster durch gelegentlichen Handel mit Butter und Käse als Kaufleute Lit. A betrachten, und von wirtschaftlichen Kaufleuten bei Regulierung der Gewerbesteuern noch übertragen werden müssen.

Der Ober-Präsident hat diesen Antrag zurückgewiesen, teils darum,

weil er an einem gewissen Anhaltspunkte stößt, teils weil kein Grund vorliege, eine Änderung der geistlichen Bestimmungen höheren Orts zu befürworten.

Die Handelskammer hat nun die Hülfe des Herrn Ministers für Handel ic. angerufen, und fordert uns auf, diesen Antrag zu unterstützen.

Wir glauben, auf diesen Antrag nicht eingehen zu können, da nach den bestehenden Gesetzen über Gewerbeberechtigung ein solcher fruchtlos sein würde. Das Verlangen aber einer vorangegangenen Prüfung gefordert, das königl. Ober-Präsidium zu Breslau um diesen möglichst beschränkt nicht sowohl an einzelnen Orten, sondern auch im Allgemeinen in der Art anzugeben, das jeder, welcher ein wirklich kaufmännisches Geschäft beginnen will, sich durch Lehrbrief

Sonntag

## Beilage zu № 312 der Breslauer Zeitung

10. November 1850.

(Fortsetzung.)

Post-Vereinstaaten bestimmt sind, gegen baare Erlegung des Franko bei den Postanstalten aufgegeben, so liegt die Befestigung der entsprechenden Marke der annehmenden Postanstalt ob.

Rekommandierte Briefe bleiben stets, auch wenn ihre Frankierung schon Seitens des Absenders durch Marken stattgefunden hat, Behufs Ertheilung des Auflieferungsscheins, am Brief-Annahmefenster abzugeben.

Einfache Briefe, d. h. solche, welche unter 1 Thot Zollgewicht wiegen, sind in der Regel nur mit einer, dem einfachen Portobetrag des Briefes entsprechenden Marke zu bekleben, wogegen die Frankirung schwererer Briefe, für welche doppeltes und mehrfaches Porto zu zahlen ist, gewöhnlich mit zwei und mehr Marken der betreffenden einfachen Taxe zu bewirken ist. Es soll indes auch gestattet sein, für einen einfachen Brief, welcher à 2 Sgr. Porto kostet, statt einer Marke zu 2 Sgr., zwei Marken zu 1 Sgr., oder für einen einfachen Brief, dessen Taxe 3 Sgr. beträgt; statt einer Marke von 3 Sgr., drei Marken zu 1 Sgr. oder zwei Marken zu resp. 2 Sgr. und 1 Sgr. zu verwenden. Eben so soll dem nichts entgegenstehen, wenn für einen doppelten Brief, dessen einfache Taxe 1 Sgr. beträgt, statt zweier Marken zu 1 Sgr., eine Marke von 2 Sgr. in Anwendung gebracht wird. Bei rekommandierten Briefen ist die Rekommandationsgebühr durch eine Marke à 2 Sgr. oder durch zwei Marken à 1 Sgr. zu berichtigten. Das Bestellgeld, sofern dessen Vorausbezahlung vom Absender gewünscht wird, ist, wenn der Brief nach einem Orte bestimmt ist, wofür sich eine Postanstalt befindet, durch Verwendung einer Marke à 1/2 Sgr., wenn aber der Brief nach einem Orte im Umkreise einer Postanstalt gerichtet ist, durch Verwendung einer Marke à 1 Sgr. zu berichtigten, und muss die Freimarke für das Bestellgeld nicht auf der Adresseite, sondern auf der Siegelseite des Briefes befestigt werden, um keinen Zweifel zu lassen, daß die Marke zu dem gedachten Zwecke und nicht zur Berichtigung von Porto benutzt werden ist, und damit der Briefträger gleich Kenntnis davon nehmen kann, daß das Bestellgeld bereits berichtigt worden ist.

Bei dem Aufkleben der Marken haben die Absender darauf sorgfältig zu achten, daß die Marken auf der Adresse des Briefes fest und haltbar haften, da diejenigen Briefe, von welchen die Marke abgesunken ist, als unfrankirte Briefe behandelt werden müssen. Auf allen Briefen, deren Frankirung Seitens der Absender durch Marken stattfindet, ist die Bezeichnung „frei“, „fr.“ oder „franco“ nicht erforderlich.

4) Damit das korrespondirende Publikum in den Stand gesetzt werde, die nach dem preussischen Postbesirk sowohl, als auch nach den Post-Vereinstaaten bestimmten Briefe richtig zu frankiren, sollen die betreffenden Posttarife nicht allein zur steten Einsicht für das Publikum neben dem Brief-Annahmefenster einer jeden Postanstalt öffentlich ausgehängt, sondern auch bei allen Postämtern und bei allen Postverwaltungen erster Classe gedruckt, für den Preis von 1 Sgr. zum Verkaufe gestellt werden.

Zeigt sich bei der Prüfung der Frankatur Seitens der Post-Anstalten die vom dem Absender dafür angewendete Marke unzulänglich, d. h. war z. B. von dem Absender ein, nach Mäßgabe des Bestimmungsortes mit der Taxe von 3 Sgr. zu belegenden einfacher Brief nur mit einer Marke von 2 Sgr. versehen, oder für einen nach seinem Gewichte doppelten Brief nur die Marke für den einfachen Brief angewendet worden, so wird der fehlende Portobetrag mit blauer Tinte auf dem Briefe nachtarikt, und der Postanstalt am Bestimmungsorte zur Einziehung von dem Adressaten zugerechnet werden. Weigert sich derselbe, den fehlenden Portobetrag zu entrichten, so wird das Kountvert des Briefes zurückgesordert, um auf Grund derselben das nachtarikte Porto vom Absender einzuziehen.

5) Damit einmal verwendete Marken nicht wiederholt benutzt werden können, werden dieselben vor der Absendung der Briefe durch einen besondern Stempel entwertet werden. Briefe, auf denen sich bei der Auflieferung zur Post Marken befinden, welche irgend ein Merkmal der Entwertung an sich tragen, sind lediglich als unfrankirte Briefe zu behandeln, und wird die darauf ausgeworfenen Taxe durch den Vermerk „wegen schon gebrauchter entwerteter Marke“ gerechtfertigt werden.

6) Die Marken sind gegen Erlegung des durch dieselben ausgedrückten Werthsbetrages vom 15. November d. J. ab bei einer jeden preussischen Postanstalt käuflich zu haben.

Außer den Postanstalten ist vorläufig Niemandem gestattet, Post-Frei-Marken zum Verkauf zu führen.

Berlin, den 30. Oktober 1850.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

von der Heydt.

## Bekanntmachung,

wegen Ausreichung der eingereichten Staatschuldcheine mit den Zins-Coupons Serie XI.

Nachdem von den bei der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse abgegebenen Staats-Schuldcheinen von der Kontrolle der Staats-Papiere die 6te Sendung mit den Coupons Serie XI. Nr. 1 bis 8 für die Jahre 1851 bis einschließlich 1854 versehen, zurückgelangt sind, werden die Inhaber der Duplikats-Nachweisungen von Nr. 901 bis 1125 incl. hierdurch veranlaßt, die Duplikats-Nachweisungen mit der Bescheinigung: (buchstäblich) . . . . . Stück Staats-Schuldcheine in dem summarischen Kapitalsbetrage von (buchstäblich) . . . . . Reichsthalern, sind nebst den beigefügten Coupons für die Jahre 1851 bis 1854 einschließlich Serie XI. Nr. 1 bis 8 von der königl. Regierungs-Haupt-Kasse zu Breslau (hier selbst) an den unterzeichneten Einreicher richtig und vollständig zurückgegeben worden, welches hierdurch quittirend bescheinigt wird.

den ten . . . . . 1850.

N. N.

(Name und Stand.)

zu versehen, gegen deren Rückgabe an die Regierungs-Haupt-Kasse die Aushändigung der Staats-Schuldcheine mit den dazu gehörigen Coupons von derselben erfolgen wird.

Die am Orte bestindlichen Inhaber solcher Nachweisungen haben sich mit denselben, nachdem sie mit der obigen Bescheinigung versehen worden sind, Behufs des Umtausches in den Tagen Mittwoch und Sonnabend Vormittags während der Amtsstunden von 9 bis 1 Uhr in dem Geschäft-Lokale der gedachten Kasse, bei dem Landrentmeister Laibische, pünktlich einzufinden. Auswärtige dagegen wollen diese beschleunigte Duplikat-Nachweisungen an die vorerwähnte Regierungs-Haupt-Kasse unter dem Kubro.

„Herrschaffliche Staats-Schulden-Sachen“ einsenden, worauf die Staats-Schuldcheine mit Coupons verhent unter denselben portofreien Kubro an die Eigentümer verhent remittiert werden.

Dabei bemerken wir noch, daß jeder Präsentant eines solchen mit Quittungsbescheinigung versehenen Duplikat-Bereichnisses für den Inhaber und zur Empfangsbedingung der Staats-Schuldcheine mit den beigefügten Coupons für legitim erachtet und die Aushändigung derselben daher an diese Präsentanten unbedenklich erfolgen wird.

Breslau, den 7. November 1850.

Königliche Regierung.

Der evangelische Verein versammelt sich Dienstag der 12. November, Abends 7 Uhr, im Elisabetan-Gymnasium. Herkstein wird einen Vortrag halten.

Veranstaltung der konstitutionellen Bürger-Ressource. Montag, Abend 7 Uhr. Tagesordnung: Tagesfragen.

## Mahnung.

(Kölner Itz.)

Als König Franz dermalen besiegt in heiter Schlacht, Gefangen, ja in Trümmern die königliche Macht, sprach er schwergereift: doch holz im Angesicht:

„Ist Alles auch verloren, die Ehre ist es nicht!“

Hört ihr ein dumpfes Grollen, vom Pregel bis zum Rhein? Ist Alles auch verloren, die Ehre darf's nicht sein!“

Donnernden die Worte doch aus der Wölfe höhn!

Rauschten es die Ströme, o, brau't es der Löhn!

„Die Ehre sollt Ihr wahren, Ihr doreten in Berlin, hinweg die stumpfen Federn, die Schwerter müßt Ihr ziehn: Herrn schreibt Ihr Noten, genug is es der Roth, Herrn die Instrumente, schlägt auch den Taff der Tod!“

O König, o mein König, o Hohenlohens Sproß, O greife in die Blaue, besiegt das Schlachtfeld!

Es stampft, es schart und wichtet, schaut nach den Leitern sich Albrecht Achill, — dem Kurfürst — dem großen Friederich.

Blick auf. Die steht zur Seite ein treues, tapfres Heer, Und hinter diesem dräut Dein ganzes Volk in Wehr: Zur and'ren Seite siehet als Bündgenos das Recht, Und hinter ihm ganz Deutschland aussprechendes Geschlecht.

Auf, las! Dein Kriegsbanner mit Zollerns Wahrspruch wehn, Wer wollte da es wagen, im Kampf Dir zu siehn? Dem Schmied gegenüber sei' sei' bei Deinem Wort:

„Die Schwaben will ich schlagen, bin der Bedrängten Gott!“

Und würdet Du doch besieget, verlörest Kron' und Reich, Wird Dich die Nachwelt krönen mit ew'gem Lorbeerzweig; Unsterblich wird es leben in Sage und Gedicht:

„Verloren hat er Alles, doch Seine Ehre nicht!“

Ein preußischer Offizier.

wenn man im Stande ist, sich seine unentbehrlichen Bedürfnisse billig herzustellen. Die Agentur

der Ersten preuß. National-Manufaktur z. preuß. Adler a. Berlin, Ohlauer Str. 75, 1 St.

bietet Ihnen nun vollkommen Gelegenheit dazu, denn Sie sparen dadurch bei Ihren Einkäufen in eleganten Paletots, Burnus, Tweens, Kalmine, Sibirienne u. Düss.-Röcken, Beinkleider, Westen, Schlafröcken, ohne zu überreichen, die Hälfte Ihres Geldes. Daß trotzdem unsere Sachen eigen und sauber gefertigt, daß wir bürgt, die zahlreiche Kundshalt, die wir uns hierzu bereits zu erwerben das Glück hatten. Wir bitten genau auf das Verkaufs-Listal zu achten.

Meine Herren! Geldmangel existirt nicht mehr!

Freiwilliger Verkauf des Erbscholtseis-

Gutes zu Klein-Mochbern.

Das 4. Breslauer Kreis zu Klein-Mochbern unter Nr. 4 belegene Erbscholtsei-Gut soll nach Maßgabe des Testaments des verstorbenen Besitzers in termino den 2. Dezember d. J. Vormittags 10 Uhr, an Ort und Stelle öffentlich an den Meist- und Bevölkernden verkauft werden.

Kaufzusage werden mit dem Bemerten Obrigkeitlichen die Kaufbedingungen bei den Gerichten in Klein-Mochbern, so wie beim Vormunde der Schöppischen Minorenne, eingezogen.

Durch die gegenwärtige Mobilisierung der Königl. preuß. Armee dürften viele Condiotionen für junge Leute in allen Branchen vacante werden. Da wir mehrere brauchbare Subjekte für vergleichende Conditionen nachzuweisen im Stande sind, bitten wir, uns geneigten mit Aufträgen beehren zu wollen. Alexander n. Comp.,

Ohlauer Str. 75, eine Dreizehrechts.

Ein Hans mit einem rentablen Geschäft — Materialien, Spezerei, Tabak, Eisen- und Wein-Handlung — in einer Kreis- und Garison-Stadt — in wegen Ableben des Besitzers von den Erben sofort aus freier Hand zu verkaufen. Hierauf Refektirende, die mindestens ein halbes Vermögen von 3500 bis 4000 Rthl. bestätigen, erfahren das Nähe in Breslau Lauen-Strasse Nr. 67, eine Dreizehrechts.

Pferde-Verkauf. Rett- und Wagenpferde stehen zum Verkauf. Carl Henber, Gartenstraße 12.

Für Landwirths!

Wie früher, so nehmen wir auch in diesem Jahre bis zum 30. November d. J. Bestellungen auf.

Nordamerikanischen Pferdezahn-Mais (so wie auch andere Sorten) an, und werden wir auch fernerhin für frische Körner billige Preise

frühzeitige Lieferung jagen. Wenn keine Konjunktur dazwischen tritt, so hoffen wir, den Preis der leichten Saison von 4 1/2 Rthl. pro Scheffel stellen zu können.

Die Herren A. Scholz u. Henschke in Breslau, Albrechtsstraße Nr. 21, sind bereit, Aufträge, so wie auch i. d. z. die Zahlung für uns in Empfang zu nehmen.

Berlin, den 1. November 1850. A. F. Poppe u. Comp., Neue Friedrichsstraße 27.

Wollene Gesundheits-Jacken, Unterbeinkleider, Strümpfe und Socken in grösster Auswahl besonders empfehlen ich gesetzte wolle Kinderstrümpfe von 5 bis 10 Sgr.

Herrmann Littauer, Nikolaistraße Nr. 15.

## Theater-Nachricht.

Sonntag den 10. Novbr. 36te Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen.

Neu einstudirt: „Der Verschwender.“

Zwei Bemährchen mit Gefang und Tanz in 3 Akten von Ferdinand Reinhard, Mußt von Konrad Kreuzer. — Personen: See-Chorflane, Kelln. Schwelle. Azur, ihr dienstbarer Geist, Herr Rieger. Julius von Flottwell, ein reicher Gelmann, Herr Blätterer. Wolf, sein Kammerdiener, Herr Guinand. Valentin, sein Bediente, Herr Görner (als Gast), Rosa, Kammermädchen, Kelln. Höfer. Vier Freunde Flottwells

— Reichsthalern, sind nebst den beigefügten Coupons für die Jahre 1851 bis einschließlich 1854

verschenkt, zurückgelangt sind, werden die Inhaber der Duplikats-Nachweisungen von Nr. 901 bis 1125 incl. hierdurch veranlaßt, die Duplikats-Nachweisungen mit der Bescheinigung:

(buchstäblich) . . . . . Stück Staats-

Schuldcheine in dem summarischen Kapitalsbetrage von

(buchstäblich) . . . . . Reichsthalern, sind nebst den beigefügten Coupons für die Jahre 1851 bis 1854

einschließlich Serie XI. Nr. 1 bis 8 von der königl. Regierungs-Haupt-Kasse zu Breslau (hier selbst)

an den unterzeichneten Einreicher richtig und vollständig

zurückgegeben worden, welches hierdurch quittirend bescheinigt wird.

(buchstäblich) . . . . . Stück Staats-

Schuldcheine in dem summarischen Kapitalsbetrage von

(buchstäblich) . . . . . Reichsthalern, sind nebst den beigefügten Coupons für die Jahre 1851 bis 1854

einschließlich Serie XI. Nr. 1 bis 8 von der königl. Regierungs-Haupt-Kasse zu Breslau (hier selbst)

an den unterzeichneten Einreicher richtig und vollständig

zurückgegeben worden, welches hierdurch quittirend bescheinigt wird.

(buchstäblich) . . . . . Stück Staats-

Schuldcheine in dem summarischen Kapitalsbetrage von

(buchstäblich) . . . . . Reichsthalern, sind nebst den beigefügten Coupons für die Jahre 1851 bis 1854

einschließlich Serie XI. Nr. 1 bis 8 von der königl. Regierungs-Haupt-Kasse zu Breslau (hier selbst)

an den unterzeichneten Einreicher richtig und vollständig

zurückgegeben worden, welches hierdurch quittirend bescheinigt wird.

(buchstäblich) . . . . . Stück Staats-

Schuldcheine in dem summarischen Kapitalsbetrage von

(buchstäblich) . . . . . Reichsthalern, sind nebst den beigefügten Coupons für die Jahre 1851 bis 1854

einschließlich Serie XI. Nr. 1 bis 8 von der königl. Regierungs-Haupt-Kasse zu Breslau (hier selbst)

an den unterzeichneten Einreicher richtig und vollständig

zurückgegeben worden, welches hierdurch quittirend bescheinigt wird.

(buchstäblich) . . . . . Stück Staats-

Schuldcheine in dem summarischen Kapitalsbetrage von

(buchstäblich) . . . . . Reichsthalern, sind nebst den beigefügten Coupons für die Jahre 1851 bis 1854

einschließlich Serie XI. Nr. 1 bis 8 von der königl. Regierungs-Haupt-Kasse zu Breslau (hier selbst)

an den unterzeichneten Einreicher richtig und vollständig

zurückgegeben worden, welches hierdurch quittirend bescheinigt wird.

